

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend...
wie bei sämtlichen Agenturen frei
ins Haus gebracht 60 Pfg. monat-
lich. Durch die Post bezogen
1,80 Mk. vierteljährlich inklusive
Postgebühren.
Einzelnnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und
Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie

für das östliche Westfalen und die lipplischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Insertionspreis
für die einpaltige Zeile oder
deren Raum 15 Pfg. Bei Wieder-
holungen entsprechender Rabatt.

Insertat-Annahme
bis 1/20 Uhr vormittags. Größere
Insertate müssen bis 5 Uhr abends
tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag von
Buchdruckerei und Buchhandlung
„Volkswacht“
A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Nr. 32.

Bielefeld, Montag, 8. Februar 1909.

20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Die Geheimnisse der Beche Radbod.

Der Vergarbeiterkongress hat schon einen bemerkenswerten Erfolg zu verzeichnen: Die angekündigten Anklagen der Vergarbeiter haben einen hervorragenden Beamtens im preussischen Bergwerksministerium veranlaßt, in die Öffentlichkeit zu treten, bevor die angekündigte Gerichtsverhandlung den Vorhang vor dem Radbod-Drama ganz in die Höhe zieht. Der Geheimrat Oberberggrat Meißner hat einem Informationsbureau interessante Mitteilungen zugehen lassen über seine Erfahrungen bezüglich der Vertriebszustände auf der Beche Radbod. Herr Oberberggrat Meißner hat häufig die Aufgabe, im Parlament als Bergbaufachverständiger den Ministern zu vertreten, wenn es sich um bergtechnische Einzelheiten handelt. Er war auch der von Herrn Delbrück in das Katastrophengebiet entsandte Kommissar.

Bekanntlich hat auf dem Vergarbeiterkongress einer der Vertreter von Radbod berichtet, er habe dem beehrlichen Vertreter zwei Bezeugen angegeben, die wichtige Aussagen über die Zustände in der Unglücksgrube machen könnten, aber bis heute seien die Bezeugen nicht vernommen! Ferner bezeugte der Vergarbeiter, daß von der Beche keine Mitglieder der Vergarbeiterorganisation, sondern nur „ausgesuchte Leute“ vernommen worden wären. Herr Oberberggrat Meißner hat nun, wie entnehmen das der „Täglichen Rundschau“, einem Informationsbureau mitgeteilt:

„Nachdem in der Nacht vom 11. zum 12. November das Unglück passiert war, traf ich am 12. um 10 Uhr am Ort und Stelle ein. Auf der Fahrt im Automobil erkundigte ich mich bereits bei dem mich begleitenden Revierbeamten und dem Verginpektor nach der Verletzung. Es wurde mir geantwortet, daß die Grube sehr intensiv verrieselt worden sei. Der Verginpektor Holländer jagte mir auch, daß er noch am Morgen vor dem Unglück die Grube betreten habe. Dem Betriebsführer der Grube, bei dem ich mich über die Betriebsverhältnisse und den Verlauf des Unglücks erkundigte, gab ich dann den Auftrag, mir am nächsten Morgen Leute zuzuführen, die über die Verrieselung Auskunft geben sollten. Es erschienen dann Verrieselungsmeister, Schiebsmeister, die verrieselt sind, nicht eher zu schiefen als schiefes. Außerdem jagte ich dem Betriebsführer, ich lege Wert darauf, daß Leute befragt werden, die dem „alten (sozialdemokratischen) Verbande“ angehören. Im ganzen wurden 15 Mann vernommen. Als ich nach der Vernehmung den Betriebsführer nochmals fragte, ob auch Leute des „alten Verbandes“ sich unter den Vernommenen befänden, antwortete er mir: „Ja, glaube, sie sind alle rot; ich habe jedenfalls die Notizen ausgefüllt.“ Besonders betonen möchte ich, daß die Verfassung meinerseits nur in Gegenwart eines Mitgliedes des Oberbergamtes stattfand. Weder ein Beche- noch ein Revierbeamter war zugegen. Die Leute wurden ferner nicht nach ihren Namen, sondern nur nach ihrer Tätigkeit befragt. Alles dies geschah, damit die Leute sich in ihrer freien Aussage nicht irgendwie behindert fühlten. Es galt vor allem, viele Leute zu vernehmen und schnelle Informationen zu erhalten, um vorläufig einen Überblick über die Sachlage zu gewinnen, was für die anderen Bechen von Bedeutung sein konnte.“ „Selbstverständlich hat es dann“, so stellt Geheimrat Meißner zum Schluß fest, „nicht an einer gerichtlichen Untersuchung umgekommen. Bereits fünf Tage nach dem Unglück wurden einzelne Leute gerichtlich vernommen. Die offizielle Voruntersuchung ist längst eingeleitet worden und schwebt gegenwärtig noch. Wenn auf dem Vergarbeiterkongress gesagt wurde, ich hätte keine Mißstände gefunden, so möchte ich hervorheben, daß ich einem Verichterstatist vor der Vernehmung lediglich referierend mitgeteilt habe, daß mir nach den bis herigen Aussagen von Mißständen nichts berichtet sei.“

Das ist wichtig für die Beurteilung der Grubenzustände. Herr Meißner teilt der Öffentlichkeit mit, der vielgenannte Verginpektor Holländer sei es gewesen, der dem Ministerialkommissar schon, bevor der Bechenplan betrat, versichert, es sei „sehr intensiv verrieselt“ worden. Herr Holländer ist der für die sorgfältigste Inspektion der Beche verantwortliche Staatsbeamte. Wenn dieser schon auf der Automobilfahrt dem Ministerialkommissar suggeriert hat, zu glauben, die Verginpektion habe ihre Pflicht erfüllt, dann kann kein Mensch das dem Herrn verargen. Ist er doch auch verantwortlich für zu machen, wenn die Anklagen der Arbeiter zutreffen. Was der Verginpektor dem Ministerialkommissar sagte, steht aber im strikten Widerspruch zu den Aussagen der Organe der Arbeiter und auch der Zeitung der Unterbeamten erhobenen schweigen Beschuldigungen!

Am wichtigsten ist, was Herr Oberberggrat Meißner ver-
schweigend und doch aussagt! Er erwähnt gar nicht die
Aussage des Vergarbeiters auf dem Vergarbeiterkongress, zwei
benannte wichtige Bezeugen seien noch immer nicht
vernommen! Man muß demnach die Nichtvernehmung als Tat-
sache hinnehmen. Wie verhält sich das mit der Vernehmung des
Regierungsvertreters im Landtage und Reichstage, es sollten
alle namhaft gemachten Bezeugen vernommen, es sollte die
strengste Untersuchung durchgeführt werden? Nach fast zwei
Monaten warten immer noch wichtige Bezeugen auf ihre Ver-
nehmung!

Die Arbeiter haben behauptet, auf Radbod hätten vor der
Katastrophe große Mißstände bestanden, schlagwetterreiche Be-
triebszustände seien sehr schlecht ventiliert worden; oft sei tagelang
kein Wasser zur Verrieselung vorhanden gewesen! Herr Meißner
kennt die bisherigen Ergebnisse der gerichtlichen Vorunter-
suchung bestimmt, er sagt aber nicht, daß sie zu Gunsten der
Bechenverwaltung und der Bergbehörde ver-
läufig! Dagegen läßt der Schluß der Erklärungen des
Herrn Oberberggrats die Folgerung zu, daß er seine günstige
Meinung von den Bechenzuständen sich gebildet hat „vor der
Vernehmung“ der Arbeiter! Diese Vernehmung muß demnach
doch Tatsachen festgestellt haben, die im Widerspruch stehen mit
den Verurteilungen des staatlichen Verginpektors und der
Rechenverwaltung. Herr Meißner würde gewiß, wie er die
Mitteilung des Verginpektors veröffentlicht, auch seinen An-
stand nehmen, auch das Resultat der weiteren Untersuchungen
mitzuteilen, wenn es die von ihm selbstverständlich verteilte
Verginpektion entlastete.

Das Neueste vom „Rückgang“ der Sozialdemokratie.

Seit den ersten hiesiger Jahren haben die bürgerlichen
Prekeden einen billigen Trost zur Hand, wenn sie zu ihrer
Betäubung sehen, wie unsere stampernd sich unausgesetzt ver-
mehrt. Schon damals erkannte sie in ihren Leiden den Rückgang
der Sozialdemokratie; und dieser harmlose Reiz blieb ihnen
bis auf den heutigen Tag ein Hort der Zuflucht, wenn die
Sozialdemokratie in ihrer bekannten Herzlichkeit abermals
Nehaus mit ihnen getanzte hatte. So darf es denn nicht
wundernehmen, daß die „Post“ und andere bürgerliche Blätter
auch jetzt wieder freudig bewegt zahlenmäßige Belege über
einen sozialdemokratischen Rückgang just auf dem Gebiet
bringen, wo jede Partei am empfindlichsten ist. Ueber einen
Rückgang im Finanzwesen nämlich. Ein Reichsverbändler
offenbar der Welt die folgende frohe Mär:

„Während des Jahr 1907 gegen das Jahr 1906 ein Plus
von über 300 000 Mk. aufzuweisen hatte, ergibt der Jahres-
abschluß vom Jahre 1908 ein Minus von über 300 000 Mk. Die
Einnahmen im Jahre 1907 betrugen, wie aus den Kassen-
berichten hervorgeht, 1 191 819 Mk. Dieser Summe stehen
im Jahre 1908 nur die Einnahmen von 852 976 Mk. gegen-
über. Es ergibt sich also ein Ausfall von 338 843 Mk. Da-
gegen hatte das Jahr 1906 810 917 Mk. Am nachfolgenden
Jahre waren also die Einnahmen um 380 912 Mk. gesunken.
Da nun die Sozialdemokratie von einer ständig und organisch
sich ausbreitenden Vermehrung ihrer Anhänger spricht, so
ist der Minus auf das enorme Sinken der Einnahmen im
Jahre 1908 ganz besonders interessant.“

Weiter wird dann noch bewiesen, daß auch die Einnahmen
unserer Presseunternehmen sich stark vermindert haben.

Ohne Zweifel hat der reichsverbändlerliche Trostspender
seine Zahlen aus dem Protokoll über die Münchener Partei-
tagung entnommen, denn diese Zahlen stimmen an sich wirklich.
Sie haben, vom ordnungsgemäßen Standpunkt aus betrachtet,
nur den einen Schönheitsfehler, daß der Finanzminister unserer
Partei mit ihnen ganz zufrieden ist; und das will, diesmal vom
sozialdemokratischen Standpunkt aus betrachtet, schon etwas be-
deuten. Auf Seite 15 des letzten Parteitagprotokolls wird
nämlich der Kassenbericht mit folgenden Worten eingeleitet:

„Der Kassenbericht weist gegen das Vorjahr eine erheb-
liche Mindereinnahme auf. Dieses scheinbar ungünstige Er-
gebnis ist auf verschiedene Umstände zurückzuführen. Erstens
umfaßt die Berichtszeit, indem sie schon mit dem Monat Juni
abgeschlossen, nur elf Monate gegen zwölf im Vorjahre. Und
gerade der Monat Juli des vorigen Berichtsjahres wies mit
seinen 170 577,63 Mk. eine ungewöhnlich hohe Einnahme auf.
Wenn die Einnahme im Monat Juli 1908 auch nicht die
gleiche Höhe erreichte, so sind sie doch jedenfalls hoch, kommen
aber erst im Berichtsjahr 1908/09, das wieder zwölf Monate
umfaßt, zum Vorschein. Zweitens war das Berichtsjahr
1906/07 ein Wahljahr, in dem der Parteitag die Mittel
aufloste, wie sie in Form von Extrabeiträgen usw. nur in
den Zeiten des Kampfes geleistet werden. Neben den Er-
trägen von Einzelkassensammlungen erhielt im vorigen Bericht-
jahr die Partei allein von den Gewerkschaften in den
Monaten Dezember und Januar 41 500 Mk. Unter Ver-
sichtigung aller dieser Umstände muß der Rückgang als ein
relativ guter bezeichnet werden. Die eigentlichen, von den
Organisationen geleisteten Parteibeiträge zeigen nicht nur
keinen Rückgang, sondern eine Zunahme, was um so erfreu-
licher ist, als breite Schichten der Arbeiterklasse schwer unter
der wirtschaftlichen Krise leiden.“

Und weiter heißt es über den „Rückgang“ der aus Partei-
betrieben erzielten Einnahmen:

Die Geschäftsergebnisse des „Vorwärts“, der „Neuen
Zeit“, der „Gleichheit“ und des „Wahren Jakob“ sind aus den
besonderen Abrechnungen zu ersehen. Im Kassenbericht sind
insolge des früheren Abschlusses nur die Erträge von drei
Quartalen berechnet worden, gegen vier Quartale im Vor-
jahre.“

So bleibt als Wahrheit von dem neuesten Rückgang der
Sozialdemokratie nichts übrig als die Tatsache, daß an Mit-
gliederbeiträgen in elf Monaten nicht so viel eingegangen ist, als
das Jahr vorher in zwölf Monaten und daß die in Betracht
kommenden Parteibeiträge in drei Quartalen dieses Jahres nicht
so viel abgeführt haben, als 1907 in vier Quartalen. Wenn
diese Tatsache unseren Gegnern ein Trost im Leiden ist, so soll es
uns recht sein.

Da diese guten Leute sich aber anscheinend gern an Zahlen
ergötzen, wird es sie vielleicht auch noch interessieren, wenn wir
ihren Enthüllungen über den sozialdemokratischen Rückgang noch
mit einigen nicht minder authentischen Zahlen unter die Arme
greifen. Am Schluß des Berichtsjahres 1907 zählten die
sozialdemokratischen Vereine Deutschlands 590 466 Mitglieder,
am Schluß des Jahres 1908 hingegen 587 336 Mitglieder;
das ist nach Adam Riese eine Vermehrung um 56 870 Mitglieder.
In den Landtagen der Einzelstaaten hatte unsere Partei 1907
135 Abgeordnete, 1908 hingegen 151. Die Zahl der sozial-
demokratischen Gemeindevorsteher, die sich nach den Wahlen vom
Herbst 1908 abermals bedeutend vermehrt hat, stieg in dem
einigen Jahr von 4996 auf 5931, die Zahl unserer Parteiblätter
von 64 auf 71. Trotz einer relativ geringen Zunahme der
Abonnenten erhöhte sich die Summe der von unserer Partei-
presse vereinnahmten Abonnementsgebühren von 5 962 370 Mk. auf
6 782 359 Mk.; die Inserateneinnahme stieg von 3 466 539
Mk. auf 4 205 322 Mk.

Doch genug der Zahlen. Aus diesem bleibt von dem ganzen
ordnungsparatellen Gedächtnis nichts übrig als der stille
Gedankenreichtum, doch endlich auch einmal einen Rückgang gleich
dem sozialdemokratischen zu erleben. Niemand darf die „Post“
nach ihrem neuesten Reifall diesem Wunsch nach die im Hin-
blick auf die Urheber derartiger fündiger Mittelungen beson-
ders angebrachte Frage hinzufügen: „Welcher Esel hat denn das
wider geschrieben?“

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Reichstagsauflösung in Sicht? München, 8. Febr. Zu
einer Berliner Korrespondenz, in der das Gerücht über eine
bevorstehende Auflösung des Reichstags als „wildes Gerücht“
bezeichnet wird, macht die „Münchener Post“ folgende Be-
merkungen:

„Im Gegensatz zu diesen Ausführungen halten wir infolge
gewichtiger Informationen von anderer Seite die Möglichkeit
einer Auflösung des Reichstags doch für gegeben. Wir haben
Veranlassung zu der Annahme, daß einige jüdische Regie-
rungen auf die Nachschärfung nicht verzichten, und daß für den
Fall der Unmöglichkeit einer Einigung mit den Konventionen
bereits bestimmte Vereinbarungen unter den Bundesregierungen
getroffen sind. Unsere Freunde werden daher gut tun, sich
auf die Möglichkeit einer solchen Ueberraschung einzurichten.“

Ein Theatergeiz. Von freimüthiger Seite ist im Reichstag
beantragt worden, der Reichskanzler möge dem Reichstage den
Entwurf eines Reichstheatergesetzes vorlegen, in welchem
einerseits die Bühnenvertragsregeln, andererseits die öffent-
lichen Reichsverhältnisse einer zeitgemäßen Reform unterzogen
werden.

Der sechste Nachtrag zum Reichshaushaltsetat für 1908, dem
der Bundesrat am Donnerstag zugestimmt hat, ist dem Reichs-
tage zugegangen. Er fordert 4 500 000 Mk. für Verpflegung der
Mittel, die für vorübergehende Verhältnisse der ordentlichen
Betriebsmittel der Reichshauptkasse aufgenommen werden sowie
1 718 329 Mk. als Kosten zur Ausführung der Berufs- und Be-
triebszahlung im Jahre 1907.

Oberst und Landesfürst. Der Fürst von Lippe-Deimold ist
in Berlin nicht besonders gut angekommen. Er konnte sein
Thronchen erst einnehmen, nachdem durch einen Schiedspruch
der Schwager des Kaisers die Verwaltung des Ländchens hatte
ausgeben müssen. Bekannt ist auch noch das Telegramm, das
vom Kaiser ausging und eine derbe Zurechtweisung des kleinen
Fürsten enthielt. Neuerdings scheint der Oberst des dort gar-
nisonierenden Truppenteils den Kampf mit dem Fürsten aufge-
nommen zu haben; er verbot nämlich die Mitwirkung der
Militärkapelle bei den Opernaufführungen in dem dem Fürsten
gehörigen Hoftheater. Vorher hatte der Oberst schon die Pro-
mouabenzerte im Fürstlichen Schlosspark unterjagt und als
die Regimentskapelle der Fürstin ein Geburtstagsständchen
brachte, schickte er der Hofkapelle eine Rechnung dafür. Man darf
gerne darauf sein, was aus dieser neuesten „Affäre“ wieder
wird.

Folgen des Protokolls. Eltsame Zustände werden in den
baldschweizerischen Grenzorten durch den deutschen Zolltarif
geschaffen. Aus der Schweiz dürfen täglich gewisse Mengen von
Wehl und Brot — jedoch nicht mehr als sechs Pfund — zollfrei
nach Baden gebracht werden. Die Bewohner der badi-
schen Grenzorte lassen sich vom Bürgermeister eine Proklarte aus-
stellen und flugs geht's nach der Schweiz, um das billigere Brot
berüberzubefördern. In Kleinfelden war bis jetzt der
Bader am Orte der einzige, der noch keine Proklarte gelöst hatte
— nur sehr naheliegenden Gründen liegt hat auch der entbedt,
daß sich das Schweizer Brot noch billiger einführen, als selbst
haben läßt und er holte sich vom Bürgermeister auch eine Pro-
klarte. A Schweizer Bader sind ob dieses Schabes der
„einfachen deutschen Produkte“ gar nicht schlecht auf den deutschen
Zolltarif zu sprechen.

Eine Lehrerkammer. Die Bremer Regierung plant die Er-
richtung einer Lehrerkammer. Das soll eine amtliche Organi-
sation der Volksschullehrer sein, deren Aufgabe es wäre, Ent-
scheidungen in Schulfragen usw. zu erlassen. — Damit wäre in
Deutschland die erste Lehrerkammer geschaffen.

Aus dem Reichstag.

Die Wahlprüfungs-kommission beantragte am
Freitag die Wahl des Abg. Strube (Fr. Va.) wegen amtlicher
Wahlbeeinflussung. Ebenso wurde die Wahl des Abg. W. Inter-
feldt-Mentlin (kon.) in Prenzau-Ingelmeinde beantragt,
weil auf Veranlassung des Prenzauer Landrats v. Malhan die so-
genannten Saisonarbeiter grundsätzlich von der Aufnahme in die
Wählerliste ausgeschlossen wurden. Eine Reklamation beim
Regierungspräsidenten hatte zwar die Desapportionierung des land-
rätlichen Erlasses zur Folge, aber eine Verichtigung der Wähler-
liste wurde von ihm abgelehnt. Die Kommission beschloß, durch
amtliche Erhebungen die in Frage kommende Zahl der vom
Wahlrecht ausgeschlossenen Wanderarbeiter feststellen zu lassen,
um dann zu prüfen, ob die Mehrheit (261 Stimmen) dadurch
geändert werde.

Die Kommission für das Gesetz zur Sicherung
der Bauverordnungen begann Freitag die zweite Lesung.
Dazu waren von den Genossen Bömelburg und Brand folgende
Anträge gestellt:

1. Zu § 14 einen Absatz beifügen, wonach die Anmeldefrist
als arbeits gilt, wenn die Anmeldung bei der Baupolizeibehörde
oder dem Grundbuchamt (also nicht bei dem Bauhofbeamten) ein-
gekommen ist.

2. Zu § 19: Ausdehnung des Vorrechts für zwei Wochen Lohn
auf die Altkraftarbeiter.

3. Zu § 35c: Mindestens die Hälfte der Bauhelfer soll aus
Bauamtern und die Hälfte der Bauhelfer aus Bauarbeitern bestehen.

Die Abstimmung über diese Anträge erfolgt in der nächsten
Sitzung. Heute wurde beschloßen, die Nachprüfungsfrist allge-
mein, nicht bloß für Baugewerbetreibende einzuführen.

Die in § 4 vorgesehene Sicherheitsleistung wurde von ein
Viertel auf ein Drittel der voraussichtlich entstehenden Baukosten
erhöht.

Die Budgetkommission beschloß Freitag vormittags
zunächst die Einsetzung einer Subkommission, die die Vorlage be-
treffend die Beamtenbezahlung und die Wohnungsgeldzuschüsse
vorberaten soll — Für die sozialdemokratische Fraktion tritt
Genosse Singer der Subkommission bei. Von einem Abgeord-
neten wird der Wunsch ausgedrückt, daß die Subkommission
streng vertraulich verhandeln müsse; die Mitglieder sollten nicht
einmal den eigenen Fraktionsgenossen Mitteilungen machen. Dem
letzteren Verlangen widersprach Singer ganz entschieden. Die

Kommision billigte Singers Standpunkt. — Ueber die weitere Arbeit der Kommission wurde beschlossen: Am Dienstag soll die Beratung verschiedener kleiner Etats, dann des Kolonial-Etats beginnen, damit die „in Berlin weilenden Gouverneure, die nichts zu tun haben“, wieder abreisen können. Nach dem Kolonial-Etat soll der Militär-Etat und dann der Post-Etat beraten werden.

Es wurde dann stundenlang über Titel 10 verhandelt: Eine Million Mark für geheime Ausgaben.

Agrarische Tendenzen im preussischen Lehrerbefoldungsgesetz.

Die Verhandlungen der Lehrerbefoldungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses haben zu dem Vorschlag geführt, zur weiteren Aufbesserung der Gehälter der Lehrer auf dem Lande — in Gemeinden mit nicht mehr als 7 Schulfstellen — Mittel dadurch zu gewinnen, daß die an die Schulverbände mit mehr als 7 Schulfstellen bisher zu zahlenden Staatsbeiträge, Staatszuschüsse und Ausfall-Entschädigungen in Fortfall kommen. Gegen dieses Vorhaben haben sich früher schon die städtischen und ländlichen Städte und jetzt auch die Oberbürgermeister der rheinischen Großstädte in einer Eingabe an das Abgeordnetenhause, Herrenhaus und Staatsministerium gewandt.

In der Eingabe wird darauf verwiesen, daß sich der Aufschub auf eine Reihe gesetzlicher Vorschriften gründe und es heißt dann weiter:

„Mit dieser vom Staat übernommenen Verpflichtung und mit dieser gesetzlichen Regelung steht der obige Vorschlag in direktem Widerspruch. Was als dauernder Aufschub gesetzlich festgelegt und gewährleistet war, soll nach wenigen Jahren durch ein anderes Gesetz beseitigt werden, und zwar ohne jede Entschädigung und ohne irgend eine andere Regelung, welche als angemessener Ausgleich für die den Gemeinden zu entziehenden Staatszuschüsse angesehen werden könnte. Das ist eine Konfiskation gesetzlich dauernd festgelegter Renten der betroffenen Gemeinden zugunsten des Staates. Eine solche Entziehung des Vermögens der Gemeinden zugunsten der Staatskasse ist, soweit wir überlegen können, ein bis jetzt noch nicht erhörter Vorgang, und der Gesetzgeber sollte doch erwachte Bedenken tragen, einen solchen Weg zu beschreiten. Die durch drei Gesetze anerkannte und verbürgte Verpflichtung des Staates, den Gemeinden durch die Erleichterung der Volksschullasten zu helfen, wird jetzt einfach aufgehoben. Dies geschieht durch ein Gesetz, durch welches den Gemeinden gerade neue schwere Lasten für die Volksschule auferlegt werden.“

Weiter wird in der Eingabe nicht mit der nötigen Deutlichkeit gesagt, daß das Experiment nur gemacht wird im Interesse des ländlichen Landes und zum Schutze der Geldbeutel der ländlichen Grundbesitzer.

In der Finanzkommission ging der Kampf um die Nachlasssteuer Sonnabend weiter. Der württembergische Finanzminister erklärte sich für die Nachlasssteuer. Der Sachverständigenrat teilte die Einwände der Finanzminister der Einzelstaaten gegen die Vermögenssteuer und gegen die Veredelung der Matrimonialverträge. Abg. Ulrich (Sg.) erklärte, die Nachlasssteuer gehe ihm und seinen Freunden nicht weit genug. Die Proponenten seien viel zu niedrig, aber diese Steuer sei für ihn und seine Freunde noch die akzeptabelste. Die damit verknüpfte Veredelung, die auf Umwegen hier eingeführt werden solle, sei für uns unannehmbar. Abg. Haas erklärte sich im Namen seiner Partei gegen die Nachlasssteuer. Die Reichseinkommensteuer sei wohl die idealste Form einer direkten Steuer, aber die Reichsvermögenssteuer könne besser Ertrag für die Nachlasssteuer sein. Der konservative Abg. Dietrich spricht unter großem Widerspruch und großer Heiterkeit das Wort gefaßt aus: „Wer zahlt, regiert.“ Er möchte erst über indirekte Steuern beraten wissen, dann würden er und seine Freunde ja sehen, was dem Volk noch aufzuerlegen sei.

Abg. Gerold (Rr.) verteidigt das Zentrum gegen die Vorwürfe, daß es der Finanzreform durch seine Haltung hinderlich in den Weg trete. Das vorliegende Gesetz entspräche ganz der Sozialdemokratie, sie habe noch keines so freudig begrüßt wie dieses und das Gesetz über das Erbrecht des Staates, das er „Gesetz über die Konfiskation des Vermögens“ taufen würde. Eine solche prinzipielle Uebereinstimmung zwischen Sozialdemokratie und Regierung sei in der parlamentarischen Geschichte noch nie dagewesen. Die Reichsteuer in dieser Form einzuführen, sei der unglücklichste Gedanke. — Der Vorsitzende gibt dann einen Antrag Sachselbts bekannt, der da lautet: „Die Anträge 44 und 45 sind — im Falle einer Ablehnung des § 1 des Gesetzesentwurfs — einer Subkommission zu überweisen.“ — Der Abg. Weber beantragt, die Abstimmung über § 1 bis nach der beantragten Beratung des Erbschaftsteuergesetzes auszuschieben. — Der preussische Finanzminister v. Rheinbaben polemisiert dann gegen den Abg. Gerold. Er wünscht dringend Weiterberatung der Vorlage. Eine Reichsvermögenssteuer sei unmöglich; sie erfordere in den Einzelstaaten doppelte Einschätzung und Feststellung und entziehe den Einzelstaaten eine wichtige Quelle ihrer Einkünfte.

Nächste Sitzung Dienstag 10 Uhr.

Der Steuerschacher.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ erklärt nochmals, daß die verbündeten Regierungen unter allen Umständen an der Nachlasssteuer festhalten werden. Der Artikel greift auf das Material zurück, das Hr. von Rheinbaben der Kommission unterbreitet hat.

Bei einem Landgute mit einem jährlichen Reinertrage von 8000 Mark und 100 000 Mark Schulden würde der zu zahlende Steuerbetrag 480 Mark sein, oder es müßte statt dessen 20 Jahre hindurch eine Rente von jährlich 35,32 Mark entrichtet werden. Bei einem Landgute, das einen jährlichen Reinertrag von 24 000 Mark, die jährliche Rente 264,89 Mark betragen. Für ein Landgut endlich mit einem Reinertrage von 80 000 Mark und 1 Million Mark Schulden, bei einem Werte von 2 Millionen Mark, würden die Verhältnisse sich so gestalten, daß die Steuer 16 800 Mark, die jährliche Rente 1236,17 Mark betragen.

Das Organ des Reichstages erklärt, daß im Ernste nicht von einer unenträglich Belastung der Landwirtschaft gesprochen werden könne. Nur aus der unteren aus der Gesetzbestimmung heraus sei der Widerstand zu verstehen, den die Agitation gegen die Nachlasssteuer im Lande angeblich gefunden hat.

Die „Tägliche Rundschau“ erblickt ein günstiges Symptom darin, daß die Konservativen beantragt haben, die Abstimmung über den § 1 des Nachlasssteuergesetzes auszusetzen. Die Konfessionsparteien haben sich bereit erklärt, die Rolle des Vermittlers zwischen der Regierung und den Konservativen zu übernehmen. Nach Lage der Dinge erscheint es dem Vizepräsidenten, in der Finanzkommission zunächst die indirekten Steuern zu beraten, und die Beratung der direkten Steuern bis zum Schluß der Beratungen aufzuschieben. Bei dieser Praxis läßt sich besser übersehen, wieviel Millionen die Kommission für indirekte Steuern bewilligt und wieviel weitere Millionen später durch direkte Steuern aufzubringen wären. In der Zwischenzeit seien die Parteien in der Lage, sich bezüglich der direkten Besteuerung zu einigen. — Viel ist bereits die Kommission dann soziale indirekte Steuern, daß direkte nicht mehr notwendig sind.

Ueber das Branntweinsteuerverkompromiß kann die „Germania“ berichten:

Die Regierung verzichtet auf die Forderung des Monopols. Die bisherige Verbrauchssteuer von 70 Mark auf das Hektoliter und die Majstraumsteuer von 12 Mark auf das Hektoliter werden abgeschafft, dagegen eine Fabriksteuer von 100 Mark auf das Hektoliter eingeführt. Diese Fabriksteuer wird gleichmäßig von allem Ertrinkbranntwein erhoben, so daß also die sogenannte Liebesgabe in Wegfall kommt. Neben der Fabriksteuer bleibt die bisherige Brennsteuer nicht nur bestehen, sondern wird progressiv weiter ausgebaut. Sämtlichen Bren-

nerien wird eine besondere Zahlung von drei Mark Brennsteuer für jedes Hektoliter auferlegt, das sie über den bisherigen Verbrauch brennen. Nur neu errichtete landwirtschaftliche Brennereien sollen für die ersten fünf Jahre, die sie fabrizieren, von dieser Hektolitersteuer befreit sein.

Die gesamte Litteratur der Regierung eifriglich dafür, etwa der Steuer halber eine Auslegung „in die Höhe“ anzunehmen. Der Ausfall einer Brennerei würde lediglich eine Entlastung der Linsen herbeiführen.

Bülow's Dank an Steinmann-Bucher.

Ki. Herr Steinmann-Bucher, der Redakteur der „Deutschen Industrie-Zeitung“, ein journalistischer Vertreter der Schachmacher-Interessen, hat kürzlich ein Buch „350 Milliarden deutsches Volkvermögen“ erscheinen lassen, das er, dem Bräutigam des blodliberalen Radikals folgend, dem Reichstag als „Publikation überliefert“. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht das Dankschreiben, das Herr Bülow Herrn Steinmann-Bucher zugehen ließ. Steinmann-Bucher will das Volk „aus seiner wirtschaftlichen und politischen Verwirrung herausreißen und ihm zeigen, daß seine 40jährige Arbeit seit der Gründung des Deutschen Reiches nicht umsonst war, welche Stellung es sich durch diese Arbeit erungen hat und daß es mit starkem Vertrauen seiner Zukunft entgegengehen kann“. Er versucht eine Schätzung des Volkvermögens auf Grund der versicherten Werte und gelangt dabei zu dem Ergebnis, daß die bisherigen Taxierungen des deutschen Volkvermögens weit zu niedrig sind und er rechnet das Volkvermögen

In Deutschland heute	Welt	Auf den Kopf der Bevölkerung
Frankreich 1906	331-360	5-6000
„ Grobbräunten 1905 06	225-250	5-6000
„ Vereinigte Staaten von Amerika 1905 06	253-300	6-7000
	423	5272

Er will also beweisen, daß Deutschland eins der reichsten Länder der Welt ist, daß in Deutschland seit dem industriellen Aufschwung in den letzten 40 Jahren Reichtum angestiegen worden sind. Diese Tatsache ist nicht neu, sie wird nur vergessen, wenn die Besitzer und Nutznießer dieser gewaltigen Vermögen zu Steuerleistungen herangezogen werden sollen. Trotz des Anwachsens des gewaltigen Reichtums wird die Staatslast in vor. Jahr zu Jahr mehr in Gestalt von indirekten Steuern der Arbeiterklasse aufgebauet worden. Die schwelende fällige Finanzreform wiederholt diese Praxis in dem nächsten Umwege. Die beiden Ansätze zu einer verständigen Reichsreform werden von den Altklaren, die über das von Steinmann-Bucher berechnete Vermögen verfügen, mit Leidenschaft bekämpft. Wer nun etwas annehmen wollte, daß Steinmann-Bucher, sich gegen die Steuererheben der Reichen mit seiner Abhandlung wenden will, der irrte. In dem Schlußteil seines Buches stellt er denn die alte Behauptung der Steuererheben auf, daß in Deutschland Zölle keine Steuern sind, daß das Vorhandensein und die Steigerung des reichen Volkvermögens den Beweis erbringe, daß weitere indirekte Steuern mit Rechtigkeit vom Volke getragen werden können, daß sich insbesondere die Steuererhebung für Zölle und Alkohol empfehle. Dem Herrn Reichsanwalt wird die Steinmann-Bucher'sche Arbeit vielleicht willkommen sein, um seinen Umfall in der Nachlasssteuerfrage noch schneller vollziehen zu können, impeniert hat ihm an dem Buche aber gewiß der Dilettantismus des Verfassers, durch den er an seine eigene Art in der Behandlung politischer und wirtschaftlicher Fragen erinnert wird. Wir können mit Herrn Steinmann-Bucher darin überein, daß die Behauptung von dem kapitalistischen Deutschland eine alte Legende ist, daß der Reichtum in Händen einer Kreise eine noch vor wenigen Jahren ungeahnte Höhe erreicht hat. Vielleicht sagt Herr Steinmann-Bucher, wie die Massen der Nichtbesitzer ihren Anteil am Volkvermögen „flüchtig“ machen können; entfallen doch nach seiner Berechnung auf den Kopf der Bevölkerung 5- bis 6000 Mk., also auf eine fällige Arbeiterfamilie 25- bis 30 000 Mk. Solange der Anteil am Volkvermögen nicht ausgeglichen wird, dürfte gerade vom bürgerlichen Standpunkt aus diese Berechnung förmliche Aufreizung zum Klassenkampf bedeuten. Doch diese Gefahr kann abgewendet werden, wenn Steinmann-Bucher sich zu dem Vorschlag entschließen könnte — der von ihm entworfen Reichsanwalt hätte es in der Hand, ihn zur Tat werden zu lassen —, eine Reichsvermögenssteuer zu stellen. Würde die Steuer auf je 1000 Mark Vermögen nur 1 Mk. betragen, so erbrächte sie bei einem Vermögen von 350 Milliarden jährlich 350 Millionen Mark. Auf die billige, einfache und gerechteste Weise könnten Steinmann-Bucher und Bülow die Finanzreform retten, während sie sonst den Vorwurf sich gefallen lassen müßten, die Begehrlichkeit der Besitzlosen aufgeschüttet zu haben.

Die Wirren auf der Balkanhalbinsel.

Wien, 7. Febr. In Sofia eingetroffene Meldungen versichern, daß bei der Partei die ungünstige Stimmung gegen den russischen Vorschlag zunimmt. Man hält den türkischen Gegenantrag, die ganze türkische Entschädigungssumme zu konstatieren, nur für einen Schachzug, um die Durchführung des russischen Vorschlages zu vereiteln. In Wiener offiziellen Kreisen ist man nicht so pessimistisch. Man betrachtet hier den türkischen Gegenantrag als ernsthaft und steht ihm sehr sympathisch gegenüber, da man darin einen wichtigen Schritt zur Konstatierung des türkischen Reiches und zu seiner Emanzipation von fremden Einflüssen erblickt. Diese machten sich ja immer wieder geltend, wenn die Türkei mit ihren Kriegsschulden im Rückstand blieb.

Stafien.

Neuwahlen. Rom, 7. Februar. Ein Ministerrat beschloß gestern, dem Könige das Dekret zur Auflösung der Kammer und zur Ertragung des Ministerpräsidenten mit der Ausfertigung der Neuwahlen zu unterbreiten. Der Abgeordnete Cimeni erklärt in der „Stampa“, es sei notwendig, daß die Neuwahlen so schnell wie möglich abgehalten werden. Auch ein totalitärer Balkanvorschlag, wie der Handreich Montenegro und Serbien gegen Österreich-Ungarn, könnte auf die nervöse, empfindliche Meinung Italiens einen erneuten Rückschlag ausüben. In der gleichen Sitzung hat der Ministerrat die Aufhebung des Vorgehensgesetzes in den Bezirken Messina und Reggio di Calabria beschlossen.

Rußland.

R. K. Zum Ueberhandnehmen der Todesurteile. Aus Petersburg meldet man uns:

Der bekannte Arzt Schabankow veröffentlicht auf Grund genauer Daten eine grauenerregende Statistik über die Entwicklung der Todesurteile in Rußland. Im Jahre 1905 hatte es 96 Todesurteile gegeben, 1906 zählte man 1333, 1907 waren es schon 1610, das Jahr 1908 aber schlug den Rekord mit 2889, wobei nur 823 Verurteilungen bekannt geworden sind. Die Entwicklung der Todesurteile steht im ungünstigsten Verhältnis zur Volksbewegung und ist lediglich ein Ausdruck sinn- und maßloser Reaktion.

Die demokratienfeindliche Wirkung der Todesurteile äußert sich in der Ausbreitung grauenhafter Lynchjustiz, die im Jahre 1908 330 Fälle zählte, und im Wachen der Mordraten gegen Angehörige (728 Morde und Verurteilungen). Der Einfluß dieser Ränke auf die Volkseele drückt sich jedoch in der unheimlichen Vermehrung von Selbstmorden, deren es im Jahre 1908 in Petersburg 3705 gab (gegen 1803 im Jahre 1907) aus.

R. K. Popuchin — Stolypin — Ajeff. Aus Petersburg wird uns von wohlunterrichteter Seite geschrieben:

Es ist eine völlige Verrennung der russischen Situation, wenn Popuchin von irgend welcher Seite als Verräter gekennzeichnet wird. Weder seine früheren Handlungen noch seine jetzige Haltung geben bei erster Analyse aller Vorgänge irgend welchen Anlaß zu einer solchen Charakterisierung eines Mannes, dem einzig und allein das Wohl des Vaterlandes am Herzen

liegt. Es wäre für ihn bei seinen außerordentlichen Verdiensten ein Leichtes gewesen, in seiner glänzenden Karriere immer höher emporzuklimmen und zu einer der nachvollstehenden Persönlichkeiten Rußlands zu werden, wenn er nicht, durch ein kuratvolles in Summe rechtseitig angelegtes, dem despotischen Regiment Valet getragt hätte.

So ganz und gar ist er nicht mehr das System der russischen Regierung gebildet, auch damals nicht als er unter Witte an der Spitze des Polizeidepartements stand. Man kann ihm glauben, wenn er verkündet, daß er an die Uebernahme dieses Postens weitestgehende Reformen der Schutzabteilung, in ihre Ausgestaltung vom Polizeidepartement als Vorbereitungsmittel habe, daß sie ihm auch zugefallen, aber nicht innewohnen worden sei. Jedenfalls hat er durch sein ganzes Verhalten unmittelbar nach den Kischinewer Greueln bewiesen, wie sehr er die Pogrome verabscheut, und Plehwe hatte gar bald das „Vertrauen“ zu ihm eingebüßt.

In späterer Zeit trat seine reformfreundliche, beim seine konstitutionelle Gesinnung immer deutlicher hervor. Die Aufdeckung der antilichen Pogromorganisation, mit deren Auszeichnung der russische Staat in einer historischen Umwälzung dem russischen Volke einen unvergänglichen Dienst erwiesen hat, ist in den Vorstadien vornehmlich sein Werk. Er hat nicht nur jene Geheimdruckerei, die im Gebiete des Polizeidepartements auf Anordnung des hochgestellten Polizeibeamten Kischinewsky Hunderttausende von Pogrompropagandaen anfertigte und erwiesenermaßen sowohl durch Propaganda als durch Privatpersonen über das ganze Land verstreut, sich, eruiert, sondern auch das damalige Ministerium Witte zu energischen Maßnahmen abdrängt und Witte selber vor dem ihn bedrückenden Gefahren gewarnt. Ihm hatte vor allem die Stadt Alexandrowsk die Abwendung eines geplanten fürchterlichen Pogroms zu verdanken, wie er überhaupt gemeinsam mit seinem Schatzgenossen in der zweiten Hälfte des Winters 1905/06 zur Hintertreibung einer drohenden Pogromepidemie sehr viel beigetragen hat.

Noch vor den Tumaberhandlungen über das Pogromwesen übergab er jedoch der Zeitung „Nischni“ manche diebezüglichen Entwürfe, darunter einen Aufsatz über die Verhältnisse der russischen Bevölkerung an Witte, der Öffentlichkeit und setzte nach kurzer Zeit Stolypin von seinem Schritt in Kenntnis. Damit nicht der Verdacht auf irgend einen untergeordneten Beamten fallen möchte. In einem im Sommer 1906 an den Ministerpräsidenten wegen seiner letzten Verantwortung der Pogrominterpellation gerichteten Aufklärungsschreiben begründete er seine eigene Handlungsweise mit den Worten, daß „nur die durch die Presse gründlich informierte Reichsbürgerschaft sei, für immer die hygienische Vorbereitung von Pogromen, sowohl gegen Juden als gegen andere, durch Behörden, eine Einrichtung, die den Staat mit den höchsten Gefahren bedrohe, zu hintertreiben“.

Weiter ist genommen, hat also schon damals Popuchin Gemeinnütze, die er nur im Auge gefaßt hatte, „verraten“, und diese seine Schuld unauferheblich in unumwundenen Worten bezeugt. Trotz der Selbstbezeichnung Popuchins magte es indes Stolypin in den Tagen der ersten Duma nicht, ihn unter Anklage zu stellen. Ja, er ließ sich sogar von Popuchin in empfohlenen Schreiben, ohne darauf zu reagieren, manche bittere Wahrheit sagen. Gegenüber der Stolypinschen Erklärung, daß er über die volle Staatsmacht verfüge, meinte der ehemalige Chef des Polizeidepartements aus eigener Erfahrung: „Die Macht des Ministeriums des Innern und seines politischen Zentralorgans ist völlig bedeutungslos. Nicht in seinen Händen befinden sich Polizei und Gendarmerie, sondern in den Händen vieler Institutionen befindet er sich selbst.“ Denn durch die Einrichtung des Staatsarchivs („Ohrana“) sei die Macht tatsächlich auf die niederen Organe übergegangen.

Stolypin hat diese Worte mehr als irgend ein Vorgänger vorgebracht. Noch nie vermochte der Welken der Saiten im russischen Reich so wie unter ihm emporschnellen. Dem ehemaligen Polizeidepartementschef Popuchin aber hat die hollische Kamorilla und die Provinzverwaltungen seinen Freimut, vor allem seine offenkundige Wohlstellung der russischen Pogrompolitik und seine Sprache gegen die Polizeiwirklichkeit niemals verziehen. Und was er neuerdings verbrochen hat, ist nur eine weitere Ausprägung seiner vor drei Jahren ausgesprochenen Weltanschauung. Wie er damals das beherrschende Pogromreiben an den Pranger gestellt hat, so vermochte er jetzt das Provokationsystem zu enttarnen und zu zerreißen. Noch vor zwei Monaten leistete sich der damalige Ministerpräsident Witte, der die Duma gegen sich als eine Interpellation über die Wilnaer provokatorischen Vorverurteilungen die fähige Behauptung, daß die Regierung das Provokationsystem verwerme, daß eine eventuelle Provokation vor dem russischen Gehege auf Grund des Paragraphen 10400 direkt strafbar sei.

Als Witte unter frohlockenden Zurufen der Riten diese Verklärung abgab, hatte er wohl kaum geahnt, wie schnell er diesen gestrafft werden würde. Damals wußte vielleicht Popuchin selber noch nicht, wie schnell er gezwungen werden würde, seinem Vaterlande von neuem einen unerschütterlichen Dienst zu erweisen. Nicht er war es ja, der in der Wess-Misere die Initiative ergriff. Was jedoch Witte, der frühere Reichsminister politische Werte, mit solcher Bestimmtheit über Ajeff verurteilte, fand erst durch Popuchins Zeugnis Glauben. Es gehört dabei zu den Unglücksfällen der gegenwärtigen Schauergründlichkeit, daß Popuchin erst von Ajeff selber über seine Rolle vollständig aufgeklärt worden ist. Popuchin hatte ihn, wie er verkündet, zur Zeit, als er Chef des Polizeidepartements war, wohl als Polizeigegent getannt, der ihm von Durnowo als geschickter Enträcker der revolutionären Unternehmungen empfohlen worden sei; er habe jedoch nicht gewußt, daß Ajeff innerlich der sozialrevolutionären Organisation wäre, daß er diese sogar mitbegündet habe. Erst als Ajeff, von seinen Anhängern Witte und Durnow vor dem revolutionären Parteirichterstuhl beschuldigt, zu ihm kam und ihn für den Fall einer Amnestieeinholung seitens der Pariser revolutionären Zentrale drohend aufforderte, das Geheimnis seines Polizeidienstes nicht preiszugeben, da wurde ihm das unheilvolle Provokationsystem der russischen Regierung in allen seinen Phasen klar.

Popuchin handelte nun, wie jeder Feind von Provokationen handeln würde. Er wußte wohl, welchen Gefahren er sich aussetzte, wenn er die Wahrheit zu sagen sich entschließen würde, welche Nachgeklänge er damit hervorrufen würde. Alle Versicherungen von seiner Angehörigkeit zur sozialrevolutionären Partei sind schon das erste klägliche Zeugnis der aufgeregten russischen Geheimpolizei, die ihre Grundgesetze wanken sieht, und sie wird sicherlich alle Hebel in Bewegung setzen, um den Mann zu verderben. Allein Popuchins Schicksal ist zugleich ein Wendepunkt für das verwahrloste russische Regierungssystem.

R. K. Die Affäre Popuchin-Ajeff in der Reichsbürgerschaft. Man schreibt uns aus Petersburg vom 3. Februar:

Die Regierung, die im Laufe einer Woche zwei diametral verchiedene Erklärungen in Sachen Popuchin-Ajeff abgegeben hat, das eine Mal, daß die ganze Geschichte Ajeff eruntet sei, das andere Mal, daß Popuchin durch die Wohlstellung Ajeffs die politische Geheimpolizei einer wertvollen Kraft beraubt und Hochverrat begangen habe, diese Regierung lichte dem ersten Ansturm in der heißen Affäre durch Fernbleiben zu entgehen. Dies tat sie, obwohl kein Ereignis der letzten Zeit auf die Deputierten einen so niederdrückenden und erschütternden Eindruck ausübte, hat wie die Enttarnungen, die aus Paris kamen. Sämtliche Fraktionen befanden sich in heller Erregung und Verwirrung, und die fürchterliche Materie bewirkte es, daß auch die Vertreter der extremen Rechten, deprimiert und verärgert, ohne die üblichen Paraphrasen zu veranlassen, „über der Linken ausbreiten ließen. Selbst Juristen, die erst vor kurzem von einer nationalen parlamentarischen Akademie herab erklärt hatte, er sei stolz darauf, daß sein Verband eine Zirkel der politischen Geheimpolizei bilde, selbst dieser Mann verpörrte seine Lust zu der von ihm angekündigten Gegeninterpellation und stürzte die Opposition nicht.

Bei der Besprechung der Affäre konnte der Sozialdemokrat Potrowsky mit der Aufzählung einer Reihe von Einzelheiten

Aber andere Brot für die Geißel auf dem Kreise, ein. Sidielichpolizei mit Schießwaffen als bewaffnete Organe. In der Organisation der Geißel, der einen hat, erreicht sich über die dort organisierten geleitet. Haben erfahren, zu verurteilen. Sprachwits von brachte es der schaft, ist seine eigene geteilt werden. Die terroristen energischer und Plehwe, Kischinew. Treppen, Kischinew den regierenden. Polizeidepartement der Anklage. Swaborg und Provokationsverfahren. Das die Nord. pellation, eine in sition vertretene, ist, entspricht voll der Olobristen.

R. K. In der Aus Petersb.

Der Geheißer, hat sich worden ist, zu acht Jahren. kann man sogar, gerät, auf Besch gerichtet gestellt. in diese Lage kon fennzeichnend, da Stolypin wird nicht angedenkt, ist, ins Gefängnis. ironische Notiz, in jedem andren, nissen verhaftet. Stände befürd. Wrenja“ mit G. wissen Druck aus. Popuchin selbst er beim Abschied ruhig, es wird e. Verhafteten erhä. allen Gesellschaften. hervorragende po. Die Hausbuch. vorgenommen. seiten, so den Solow, den be. vertritt der W. Staatsanwaltsge. andere mehr. V. eine persönliche. handeln. War e. mörderischen Po. Gouverneurs von. Tat durch Waj. Autlow nochmals. Spitze der Poliz.

Im Fall W. annahm, daß be. ob Graf Witte. Ajeff nicht m. wird beschuldig. gen zu reholiert. man bisher nicht. verlanet, daß G.

Ziel.

en. Sonnabend. tisches Gedicht. Schluf bekommt. Sturzab, wenn. und Schwester in. Stadt, welches. dem dramatisch. zwei Kriegen, son. geschriebene Ru. deutschen Bürger. samkeit, und sein. das reaktionäre. seinem Kampf ge. wir heute, nach. die letztwillige V. führung gebracht. Mitter der Wilro. in die Augen ge. immer wieder. Modern vorgeb.

Die Ausführu. wir allerdings. berg in der Pa. sein. Dr. Rath. die von Welly. geipielten Sital. Geisungen ware. der Derwich. Landerer, die. chen Heinrich. Der Nathan. alten und der. men. Es ist d. Dichtung aus. Nathan aufreite. Nähe zu jred. auf der Bühne g. eine h6ere, als. auch mit der. Künstler in die. wenn Wäde an. gleichen, kommt, die wahre Mea. das Wahre läge. der fläffigen. als das Natural. den naturalistis. Naturalist, son. fellung zu bring.

erordentlichen Verbin-
dungen Karriere im-
der nachvollstehen
nicht, durch
dem despotischen

System der russischen
er unter die an
d. Man kann sich
die Übernahme die
abteilung, ja ihre Aus-
beziehung g. Haupt
nicht innewohnen wor-
es Verhalten unmittel-
eisen, wie sehr er die
gar bald das „Ver-

renthliche, begin. seine
her hervor. Die Auf-
mit deren Aus-
mer historischen Duma-
gung ihren Dienst er-
ich sein Werk. Er hat
G. bände des Polizei-
stellen Geimpolizei-
von Pogrompropheta-
wohl durch Polizei-
ganze Land verstreut
Ministerium Witte zu
die selber vor den ih-
vor allem die Stadt
panten fürchterlichen
gemeinsam mit seinem
des Winters 1905/06
rompemie sehr viel

das Pogromwesen
schick" manche diesbe-
Nüssen erregenden
der Öffentlichkeit und
Schritt in Kenntnis,
untergeordneten Be-
ner 1906 an den Mi-
Verantwortung der
inschreiben begän-
Worten, daß „nur
Reichsduma imstande
lung von Pogromen,
durch Behörden, eine
en Gefahren betrage,

amals Popuchin Ge-
atte, „verratene“, und
unbenannten Worten be-
schickte, wie es indes
nicht, ihn unter An-
von Popuchin im er-
ren, manche bittere
Erklärung, daß
neinte der ehemalige
Erklärung: „Die
seines politischen
in seinen Händen
bern in den Händen
„Denn durch die
sei die Nacht tal-

gend ein Vorgänger
der Saitenpan im
wischen. Dem ebe-
über hat die hiesige
einen Reimart, vor
reponischen Pogrom-
willt niemals ver-
hat, ist nur eine
ausgewählten Wirt-
pogromreiben an den
Provolationsystem
bei Monaten leistete
in der Duma ge-
gera provokatorischen
die Regierung das
entworfene Provolation
Satragraphen jounfo

en der Asten diese
abnt, wie schnell er
die vielleicht Popuchin
der n würde, seinem
D. ist zu erweisen.
die Initiative be-
erhalten politische Be-
verfährte, fand erst
schreibt dabei zu den
geschichte, daß Po-
e vollständig ange-
verfährte, zur Zeit,
wohl als Polizei-
schlichter Entwürfen
len worden sei; er
den der sozialrevolu-
fogar mit begründet
Pafai und Burzsch
uldiat, zu ihm kam
holung seitens der
afforderte, das Ge-
ba wurde ihm
schen Regierung in

von Provokationen
fahren er sich aus-
entfesslichen würde,
würde. Alle Ver-
schidrevolutionären
nis der aufgeregten
wanten sich, und
en, um den Mann
angieich ein Men-
system.

Reichsduma. Man
bruar:
he zwei diametral
Witte erinnten sei,
traft 6 raubt und
suchte dem ersten
elben zu entgegen.
Zeit auf die De-
sternenden Eindruck
sien kamen. Sämt-
regung und Be-
es, daß und die
nd v. r. st. ohne
edner der Linken
erst vor kurzem
üne herab erklärt
eine Fikale der
Mann verpönte
egeninterpellation

er Sozialdemokrat
von Einzelheiten

über andere Provokationsfälle kommen, die trotz aller Heimlich-
keit in die Öffentlichkeit durchdringen. So entpuppt sich in Lwow
vor dem Kreisgericht ein Angeklagter, gegen den wegen Er-
mordung eines Genaranten der andert wird, als Agent der
Sicherheitspolizei. In Katerininsk wird ein Polizeioffizier
mit Schießwunde überfallen, der Täter aber erklärt, daß er
als kampfsmäßiger Provokateur in der Sicherheitsabteilung
diene. In Odesa verhandelt die Gerichtskammer über eine
Organisation der Sozialrevolutionäre, und als Hauptorganisator
der einen ganzen Plan terroristischer Akte ausgearbeitet
hat, erweist sich wiederum ein Polizeioffizier. In Kiew mußte
der Chef der Geheimpolizei zugaben, daß eine Expropriation,
über die dort vor Gericht verhandelt wurde, von einem Geheim-
agenten geleitet worden sei. Dant der Revision des Grafen
Pahlen erzählt man, daß der Polizeipräsident von Mischad, Vo-
rom, zu verurteilten Provokationsfällen die Ermordung des
Sprawitsch von Mow vorbereitete. In Pskow aber
brachte es der dortige Polizeipräsident Dario fertig, in Gemein-
schaft mit seinem Bruder, dem Genarmenten, ein Attentat
auf seine eigene Person zu inszenieren, wobei ein Unschuldiger
getötet worden sei. Ganz ähnlich war der Fall des Genarmenten-
chefs von Wladimirsk.

Die terroristische Provokationspolitik Wiess, dank dessen
energischer und verwegener Mitwirkung die Ermordungen von
Klewie, Kaurib, Bogdanowitsch gelungen, die Attentate auf
Trepow, Kleigels, Turovsk, Dubasow, Stolypin und selbst auf
den regierenden Kaiser verjagt worden seien, unter dessen vom
Polizeiparlament gefassten und gebilligten aktiver Teilnahme
der Anführerstand von Woskau und die Aufbruchversuche von
Swerdow und Krasnitsch organisiert worden wären, — dieser
Provokationsakt der eben der Gipfelpunkt des ganzen Pro-
volationsystems der russischen politischen Polizei.

Daß die Forderung von Wiess auf Dringlichkeit der Inter-
pellation, eine in ihrem Kern von sämtlichen Rednern der Oppo-
sition peripetete Forderung, von der Duma abgelehnt worden
ist, entspricht voll und ganz der Taktik der maßgebenden Partei,
der Olsobrischen.

R. K. Der Verfassung Popuchin und zu den Hausnachrichten.
Aus Petersburg schreibt man uns vom 3. Februar:

Der Gesetzesparagrah 102, auf Grund dessen Popuchin ver-
haftet worden ist, bedroht den Angeklagten mit Katorga bis
zu acht Jahren. Auf Grund des außerordentlichen Schusses
kann man sogar, wenn man erst unter die Fackel dieses Gesetzes
gerät, auf Verhaftung des Stadthauptmanns hin vor ein Kriegs-
gericht gestellt werden, das für ein solches Verbrechen nur ein
Strafmass, den Strang, kennt. Popuchin wird sicherlich nicht
in diese Lage kommen, aber es ist für die Welt der Bureaukratie
kennzeichnend, daß sie Popuchin zum Hochverräter stampeln will.
Stolypin wird es bei den Reaktionen als heroisches Ver-
dienst angesehen, daß er Popuchin, obwohl er mit ihm verwandt
ist, ins Gefängnis gesteckt hat. Nicht unmöglich ist es, daß eine
ironische Notiz von Jaurès in der „Humanität“, in der es hieß,
in jedem anderen Staate würde ein Verräter von Staatsgeheim-
nissen verhaftet werden, während man in Russland wohl weitere
Standale befürchte, eine Bemerkung, die von der „Nowoje
Wremja“ mit Eifer aufgegriffen wurde, auf Stolypin einen ge-
wissen Druck ausübt.

Popuchin selber fühlt sich übrigens seiner Sache sicher, so daß
er beim Abschied von seiner Frau ihr zurufen konnte: „Seid
ruhig, es wird alles ausgeht.“ Und die Gattin des
Verhafteten erhält fortwährend Beweise der Sympathie aus
allen Gesellschaftskreisen, die in der Tat ihres Mannes eine
hervorragende patriotische Haltung erblicken.

Die Hausnachrichten, die infolge der Verhaftung Popuchins
vorgekommen wurden, trafen eine Reihe bekannter Persönlich-
keiten, so den ständigen Verteidiger in politischen Prozessen
Solowow, den bekannten Rechtsanwalt Siosberg, der Rechts-
vertreter des Ministeriums des Innern ist, den ehemaligen
Staatsanwaltsgehilfen und jetzigen Rechtsanwalts Bibilow und
andere mehr. Was den letzteren anbetrifft, so soll es sich um
eine persönliche Sache Kurlows, des neuen Ministergehilfen,
handeln. War es doch die Minister Staatsanwaltschaft, die die
minderlichen Pogromverurteilungen des damaligen Minister
Guberners furchtlos beendete hatte. Obwohl Bibilow seine
Tat durch Mahnung bereits hat büßen müssen, wollte ihn
Kurlow nochmals davon in Kenntnis setzen, daß er jetzt an der
Spitze der Polizeiverwaltung stehe. . . .

Zum Fall Wiess. Petersburg, 7. Febr. Die Staats-
anwaltschaft beschuldigte sich dem Vernehmen nach mit der Frage,
ob Graf Witte im Zusammenhang mit der Affäre Popuchin-
Wiess nicht mit zur Verantwortung gezogen werden soll. Er
wird beschuldigt, daß er als Ministerpräsident direkte Beziehungen
zu revolutionären Parteien unterhalten habe, doch scheint
man bisher nichts Konkretes gefunden zu haben. Trotzdem
verlautet, daß Graf Witte verhaftet werden soll.

Gielefelder Stadttheater.

en. Sonnabend, 6. Febr.: Nathan der Weise, drama-
tisches Gedicht von Lessing. Es läßt sich nicht weglängen, zum
Schluß bekommt man, sei man Leser oder Zuhörer, ein kaltes
Sturzbad, wenn die beiden Liebenden sich glücklich als Bruder
und Schwester in die Arme sinken. Aber es handelt sich in dem
Stück, welches Lessing wohl mit Vorbedacht nicht Drama, son-
dern dramatisches Gedicht betitelt hat, nicht darum, ob sich
zwei trügen, sondern dieses letzte, nicht lange vor seinem Tode
geschriebene Meisterwerk des literarischen Vorkämpfers des
deutschen Bürgeriums, ist das hohe Lied der religiösen Duldsamkeit,
und seine Bedeutung besteht darin, ein Kampfruf gegen
das reaktionäre Mordtum zu sein, wie es ja denn auch aus
seinem Kampf gegen den Wider Böbe geboren ist. Aber wenn
wir heute, nach 130 Jahren, betrachten, wie das Bürgerium
die lehrwillige Verfügung seines großen Vorkämpfers zur Aus-
führung gebracht hat, so fällt als edelste und wohlriechendste
Blüte der Willow-Blode, die konservativ-liberale Teufelmecherei
in die Augen und Nase. Deshalb sollte der Nathan wieder
und immer wieder besonders hier in Gielefeld unseren lieben
Mädern vorgespielt werden.

Die Aufführung war vortrefflich. An der Szenerie hätten
wir allerdings Kleinigkeiten anzusehen, besonders der Schnee-
berg in der Palmenlandschaft scheint uns nicht am Platze zu
sein. Der Nathan Robert Verlis war uns nicht neu, ebenso
die von Welly Stollberg, Anna Leberhorst und Franziska Verlis
gespielten Sittah, Necha, und Taja. Ganz ausgezeichnete
Darstellungen waren der Klosterbruder Willy Schweisguths und
der Damiel Fritz Freislers. Den Sultan Saadin gab Emil
Landerer, den Tempelherrn Hubert Hopfner und den Patriar-
chen Heinrich Albert.

Der Nathan gibt uns Gelegenheit, auf den Unterschied der
alten und der naturalistischen Darstellungsweise zurückzukom-
men. Es ist darüber im Wesentlichen dasselbe wie über die
Darstellungsart zu sagen. In der Wirklichkeit würde keine der im
Nathan auftretenden Personen so sprechen, wie sie auf der
Bühne zu sprechen hat. Damit ist aber nicht gesagt, daß das
auf der Bühne gesprochene Wort nicht dennoch Realität besitzt, ja,
eine höhere, als die auf naturalistischem Wege angestrebte. So
auch mit der Darstellungsweise. Wir haben da neuerdings
Künstler in dieser, aber es ist doch nicht die wahre Kunst. So,
wenn Wäde aufgehängt, ein Nagel eingeklopft wird und der-
gleichen, kommt, wenn dies nur schillerndes Beiwerk sein soll,
die wahre Realität sehr zu kurz. Wenn indessen Naturalist
das Wahre läge, wäre ja die Oper ganz unmöglich. Aber mit
der naturalistischen Darstellungsweise in einem Stück wie Nathan
die wahre Realität wiedergeben, das ist auch viel schwerer
als das Naturalistische zu kopieren. Und die wirklich b-d uten-
den naturalistischen Schauspieler sind es auch nicht durch ihre
Naturalistik, sondern weil auch sie die wahre Realität zur Dar-
stellung zu bringen wissen.

Kommunales.

Die Sondergewerbesteuer, die kürzlich von der konservativ-
nationalliberal-reaktionären Stadtverordnetenmehrheit in Gielefeld
beschlossen wurde, tritt nunmehr, da auch der Oberpräsident der
Provinz Schlesien seine Genehmigung erteilt hat, am 1. April
in Kraft. Die Steuer wurde hauptsächlich eingeführt, um dem
Mittelstand entgegenzukommen, der sich durch die Großunterneh-
mer, vor allem den Konsumverein und den Wareneinfuhrverein,
A. G., bedroht fühlt. Von der Sondergewerbesteuer werden alle
stehenden Gewerbe betroffen, die durch einen in Gielefeld betrie-
benden Handel von Waren einen Jahresumsatz von mindestens
300 000 Mark erzielen. Der Magistrat rechnet damit, daß die
Steuer jährlich 70 000 Mark bringt. Nach der ersten Fassung der
Steuerordnung sollte auch der Umsatz in den Verkaufsstellen be-
steuert werden. Diese Steuerordnung stieß aber auf Schwierig-
keiten bei der Regierung, so daß die Stadtverwaltung von der
Besteuerung der Verkaufsstellen abjag.

Kommunale Arbeitslosenfürsorge. Die Stadtverordneten-
versammlung zu Vernigerode bewilligte 3000 Mark zur Ver-
unterstützung von Arbeitslosen. Der Kommission, die mit der
Auszahlung der Unterstützung betraut wurde, sollen gegebenen-
falls mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Die Stadtverwaltung von Magdeburg bewilligte am
Donnerstag weitere 130 000 Mark für Notstandsarbeiten und
weitere 5000 Mark zur Sperrung bedürftiger Schulkinder. Die
bestehende Ablicht, statt der noch fehlenden Wärmehallen Koken
an die Arbeitslosen zu liefern, wurde ausgesetzt. Diese Unter-
stützung gilt jedoch nicht als Armenunterstützung.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Wielefeld, 8. Februar.

Die Beschäftigung des Vielefelder Konsumvereins. Am
Sonntag hatten sich auf Einladung des Vielefelder Konsum-
vereins Vertreter der Behörden und der Presse eingefunden, um
die Anlagen unseres Konsumvereins zu besichtigen. Es waren
erwähnt vom Magistrat der Stadtkanzlei, ferner der
Direktor der städtischen Werte, Bräutigam, eine Anzahl Stadt-
verordnete, darunter auch der Stadtverordnetenvorsteher Loh-
meyer. Von der Regierung in Minden nahmen die Gewerbe-
inspektoren an der Besichtigung teil. Am Sonntag standen die
Anlagen des Konsumvereins dem Publikum zur Besichtigung
offen. Es hatten sich dazu 12- bis 15 000 Menschen aus allen
Schichten der Bevölkerung eingefunden, ein Beweis dafür, ein
wie großes Interesse für den Fortschritt, den der Konsumverein
durch Uebergang zur Eigenproduktion gemacht hat, vorhanden ist.
Hoffentlich werden alle die Leute, welche sich gestern von der Vor-
trefflichkeit der Einrichtungen des Konsumvereins überzeugt
haben, auch nun den Konsumverein eifrig unterstützen.

Standestat der Stadt Vielefeld. Im Januar d. J. wur-
den 127 (165) Geburten und 76 (107) Sterbefälle einmündlich;
4 (3) Totgeburt angezeigt. Eben sind 27 (44) geschlossen und
45 (47) Aufgebotsanträge sind gestellt worden.

Von den Lebendgeborenen waren 51 (91) männlichen und
76 (74) weiblichen und von den Verstorbenen 40 (53) männlichen
und 36 (54) weiblichen Geschlechts.

Von den Verstorbenen standen 13 (17) Personen im ersten
Lebensjahr, 7 (12) zwischen eins und fünf, 6 (10) zwischen fünf
und zwanzig, 6 (14) zwischen zwanzig und vierzig, 10 (16) zwischen
vierzig und sechzig Jahren. Ein Alter über hundert hinaus wurde
von 30 (35) Personen erreicht.

Die eingekammerten Äpfel beziehen sich auf Januar des
Vorjahres.

Theatertheater. Aus dem Theaterbureau wird uns ge-
melde: Heute abend gastiert Herr Hofschaupieler August Junfer-
mann als Bacharias Bräutigam. Morgen (Dienstag) wird die
Komödie „Die Leutnants“ zum 5. Male gegeben. Im Vor-
bereitung befindet sich das Schützen und Kesselungische Lustspiel
„Goldfische“.

Veranstaltungen.

Vielefeld. Holzarbeiterversammlungen. Dienstag,
9. Februar, abends 6½ Uhr, in der „Harmonie“. Mitt-
woch, 10. Februar, abends 6½ Uhr, bei Kaufmann. Götter-
straße.

Detmold. Gewerkschaftstaktell. Dienstag, 9. Febr.,
abends 8½ Uhr, in der „Centralhalle“. Generalver-
sammlung.

Achtung, Tabakarbeiter!

Die Konferenz in Herford am 14. Februar findet um
10½ Uhr morgens bei Herrmann, Götterstr., Halle der
Kleinbahn, statt. Mittagsessen vom Preis von 1 Mark bis
13. Februar bei S. Wüster, Herford, Salzburgerstraße, bestellt
werden.

Kollegen! Die Konferenz hat sich zur weiteren Organisation
des Kampfes gegen die Tabaksteuer als notwendig erwiesen. Die
Bezirksleiter wollen sorgen, daß in ihren Bezirken aus allen
Orten Delegierte erscheinen.

Die Ganleitung: W. Schlüter.

s. Herford, 6. Febr. Die außerordentliche
Generalversammlung der Allgemeinen Ortskrank-
enkasse beschloß sich mit der Neuorganisation der Krankenkasse. Der
Vorstand schlägt folgende Sätze vor:

1. Klasse 30 Mark, 4. Klasse 70 Mark,
2. „ 40 „ 5. „ 85 „
3. „ 55 „ 6. „ 100 „

Von einem „Mitgliede“ wurde eine noch weitere Erhöhung
der Sätze vorgeschlagen, nach kurzer Diskussion jedoch der An-
trag des Vorstandes angenommen. Mit dieser Regelung ist dem
Gez. Rechnung getragen, es dürfte nun das Statut, in welchem
a. auch die Bestimmungen enthalten ist, daß alle Befam-
machungen auch in der „Volkskraft“ erfolgen sollen, die Ge-
nehmigung finden.

Detmold, 5. Febr. Ein eigenartiges Vorkom-
nis spielte sich gestern vor dem Detmolder Schöffengericht ab.
Der Möbelfabrikant Kottmeier auf der Bismarckstraße, früher
Schmiedemeister in Vielefeld, hatte eine kaufmännische Kraft
für sein Kontor engagiert. Es kam jedoch bald zwischen dem
Fabrikanten und seinem Angestellten zu Meinungsverschiedenheiten, in deren
Verlauf der letztere das Geschäft verlassen mußte. Er forderte
nun von dem Fabrikanten das ihm zustehende Gehalt und zwar
in Höhe von rund 500 Mark. Der Fabrikant erwiderte dem
Rechtsanwalt, dem der frühere Angestellte die Angelegenheit
übergeben hatte, daß, wenn nicht auf das ausstehende Gehalt
verzichtet würde, er seinen früheren Angestellten wegen Dieb-
stahls anzeigen werde. Es handelte sich um Brennholz, welches
der Angestellte, als er noch im Geschäft war, mit nach Hause
genommen hatte. Da der Fabrikant dem Angestellten die Er-
laubnis zur Mitnahme des Holzes, welches noch nicht einmal
einen Wert von 5 Mark hatte, gegeben hatte, so verzichtete dieser
indess nicht auf seine Gehaltsforderung. Nun erfolgte in der
Tat die Anzeige wegen Diebstahls. Der Angeklagte erklärte in
der Verhandlung, daß er die Erlaubnis zur Mitnahme von
Spänen und Abfallholz zum Feueranmachen erhalten habe; diese
Angabe wurde von seiner Gattin und seiner Mutter, welche die
Erlaubniserteilung mit angehört hatten, bestätigt. Kottmeier
konnte sich indes nicht enthalten, die Erlaubnis erteilt zu haben,
während von anderen Angestellten bezeugt wurde, daß in ähn-
lichen Fällen auch ihnen die Erlaubnis zum Mitnehmen von
Brennholz erteilt worden sei. Der Angeklagte wurde schließlich
freigesprochen. In der Begründung wurde betont, daß es das
Berechtigt doch für beheblich halte, auf die Aussagen der Be-
lastungen hin den Angeklagten zu verurteilen. Einer der
Angestellten lebte sich so sehr in die Rolle des Anklägers hinein,
daß ihm der vorstehende Richter ironisch für die Unterstützung

des Staatsanwalts seinen Dank aussprach. Der Angeklagte ließ
u. a. eine Aussage des Fabrikanten Kottmeier protokollieren und
bezeichnete den Zeugen, der ihn belastete, als den Kottmeier
beeinflusst.

* Nehme, 7. Febr. Eine Tabakarbeiterverfam-
lung am 30. Januar er. arte sich nach dem Bericht des Kolle-
gen Berg mit den Beschlüssen des Tabakarbeiterkongresses ein-
verstanden und fachte eine dementsprechende Resolution. — Die
Protektionkommission hat beschlossen, von den noch vorhandenen
gesammelten Geldern der Protektionkommission 25 Mark, und dem
Gaukler W. Schlüter ebenfalls 25 Mark zu überweisen. Am
Orte verbleiben dann noch 43,30 Mark. (Verpätet eingegangen.)

* Münster, 5. Febr. Der ungeheure Dalls, der
über das nordische Rom hereingebrochen ist, seitdem es den Mi-
lierphilistern gestattet war, entblöhten Hauptes zu parodieren,
ist anhaltender als selbst die größten Schwärzer vermuet
haben. Ist die Stadtverwaltung doch der Ansicht, daß derjenige,
dem sie gestattet, durch Planierung ihrer Kiezel selber sich per
Stunde 30 Mark, oder pro Woche 16 Mark zu verdienen, ein un-
begingtes Dankgefühl dafür in seinem Innern empfinden müsse.
Wie jagte der Herr Oberbürgermeister: „3 Mark verdient auch
nur 1. der niedere Beamte pro Tag.“ Allerdings, das sind auch
bloß sechs —, nein, 21 Mark pro Woche, denn die bekommen
die Feiertage mit bezahlt. — Und was schrieb die von Arbeiter-
liebe triefende Zentrumspreffe: 21 Mark, und 78 Mark, wenn
nach statistischer Feststellung nötig, um eine Familie von vier
Köpfen in der Woche zu ernähren. Dann sind es wohl diese
Familienväter, die, um ihr Einkommen auf diese Höhe zu brin-
gen, fortgesetzt die schönen Singvögel wegjagen? Denn wenn
sie satt zu essen haben und sich kleiden wollen, sind doch 16 Mark
zu wenig! Oder gehen sie zur Armenkommission, die das Be-
stehen gibt? Was jagte ein Stadtverordneter: Entweder müssen
wir die Arbeitslosen beschäftigen oder Armenunterstützung
geben.“ Was vertehrte Welt! Der Armenfonds ist reich, dem
bedürftigen Arbeitslosen und Familienvater aber gibt man
nichts. Aber die öffentliche, stets geschlossene Suppenküche im
Stemenshospital, die so rentabel geführt wird, daß alle, die hin-
kommen, wieder nach Hause gehen können mit noch hungerigem
Magen als vorher, bedarf einer Unterstützung von 500 Mark, um
auch im nächsten Jahre mit einem Ueberfluß drahen zu könn-
en. Dieses Geld kann ja dann der Nachtzuschlag bekommen,
über den sich die Arbeiter so satt freuen, daß sie vier Wochen
lang keine Nahrungsmittel mehr bedürfen, und der eine Ar-
beitsgelegenheit schafft, wo alle arbeitssüchtigen Familienväter eine
Lebensst. lung erhalten. O, Herr Chefrektor Striethof!
Wie wahr sprachen Sie doch, als Sie auf dem Preßstage be-
aupteten, der Vers: „In Münster ist's finster“ sei nur dem
Reim zuliebe gemacht! So mächtig und schön wie der Lamberti-
turm Münster überragt, so groß und erhaben sind die erleuchteten
Häupter, welche das nordische Rom durch ihr, unter einem
Schiffel brennenden Licht erhellten!

* Hamm, 6. Febr. Explosion. Auf der Zeche „Maxi-
milian“ ist heute früh eine Gasexplosion erfolgt. Dabei sind
vier Mann getötet und drei Mann verwundet worden.

Gerichtliches.

** Vielefeld, 6. Februar. Strafkammer. Der Maler-
meister Heinrich Kambartel von Wotho, welcher nebenbei die
Geschäfte eines Winkelfonjulenten betreibt und seine Kasse in
anderer Leute Pros. steet, war angeklagt, in einem Prozesse,
den seine Ehefrau gegen eine Frau Erdoringer führte, den ihm
anvertrauten Zeugen ein fahrlässigerweise durch ein falsches Zeug-
nis verriet zu haben. Aus der Beweisaufnahme ging hervor,
daß er die falschen Angaben, die er dem Prozesse zugrunde gelegt
hätte, auch bezeugen hat. Da der Angeklagte mehrfach vorbe-
straft war und die Sache an wissenschaftlichen Falschheit grenzte,
wurde der Angeklagte zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Kaufmann Hermann Nallenbach von Vielefeld, jetzt zu
Tilfit wohnhaft, in dessen Geschäftsräumen von der hiesigen
Polizeibehörde eine große Anzahl unfittlicher Bilder beschla-
gnamt worden ist, hatte sich heute vor der Strafkammer wegen
Beibehaltens unfittlicher Bilder zu verantworten. Sein Ein-
wand, daß es sich um Kunstblätter handle, wurde durch die Be-
weisaufnahme widerlegt. Er wurde zu einer Geldstrafe von
100 Mark eventl. 20 Tagen Gefängnis verurteilt. In gleicher
Zeit wurde auf Vernichtung der beschlagnahmten Bilder er-
launt.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 8. Febr. Die Schreckenstat eines Geisteskranken rief
gestern früh in der Hnaustraße große Erregung hervor. Der
1 Jahre alte Steinbauer Hoffmann feuerte auf seinen im Hause
Hnaustraße 13 wohnenden 7 Jahre älteren Bruder Max Hoff-
mann, den er gestern früh betuchte und auf dessen 23jährige Braut
wei Revolverkugeln ab. Max Hoffmann wurde von zwei Augen
ins Herz getroffen und war auf der Stelle tot, die Braut wurde
in der Brust schwer verletzt. Der Mörder ist nach der Tat ge-
schickt. Er leidet an religiösem Wahnsinn.

Dresden, 6. Februar. Genosse Dünnell hat heute die An-
geschrikt wegen Aufruhrs zugestellt erhalten. Man hat also
die Anlage wegen Landesfriedensbruchs fallen lassen.

Hambfied, 8. Febr. Das Werra-Hochwasser hat hier die
Zutbrücke weggerissen. 3 Knaben sind dabei ertrunken.

München, 8. Febr. Beim Hochwasser in Vogtendorf sind
4 Personen umgekommen.

London, 8. Febr. Zum Tode des deutschen Gesandtschafts-
retär in St. Jago, der am Sonnabend unter den Trümmern
des vom Feuer zerstörten Gesandtschaftsgebäudes in St. Jago
als Leiche aufgefunden wurde, wird hierher berichtet, der Ver-
dacht, daß der Sekretär der deutschen Gesandtschaft ermordet
worden ist, bestätigt sich. Die ärztliche Untersuchung der Leiche
hat ergeben, daß sein Schädel in 2 Teile gespalten war.

Explosionen. Paris, 7. Febr. Aus Angoulême wird ge-
melde, daß dort gestern 3 Explosionen in dem dortigen Pulverium
stattgefunden haben. Die beiden ersten veranlaßten nur Mate-
rialschaden, während bei der dritten Explosion zwei Arbeiter
schwer verletzt worden sind.

Explosion eines Pulvermagazins. Paris, 7. Februar. Aus
Brieu wird berichtet, daß das Pulvermagazin der Grube
„Zugueguenier“ vergangene Nacht in die Luft geflogen ist. Sechs
Arbeiter sind getötet worden. Die Ursache der Explosion ist noch
nicht bekannt.

Briefkasten der Redaktion.

Spence. Der zur Unterstützung verpflichtete Armenverband
hat das Recht, etwas derartiges zu verlangen, rechtlich ist also
dagegen nichts auszurichten. Immerhin kann eine Beschwerde
an den Landrat verfaßt werden, in der darauf hingewiesen wird,
daß die Mutter bei ihrem Sohn doch wohl besser aufgehoben ist.

Kirchengeren 100. Frage 1 ist mit ja zu beantworten. Bei
Frage 2 ist uns nicht klar, was Sie in diesem Falle unter „Ma-
terial“ verstehen, deshalb nicht bestimmt zu sagen.

Arbeiter, agitiert für eure Zeitung!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Max Sachs, für
den Inseratenteil: Wilhelm Wöcker, beide in Vielefeld.



Kleiderstoffe

als ganz besonderen

Gelegenheits-Kauf.

Seltener Gelegenheitskauf!

Ein grosser Lagerbestand
reinwollener

Kleiderstoffe

im Gelegenheitskauf

110 cm breit, uni Farben und gemustert,
hochelegante, gute Qualitäten,

per Meter **1²⁵**

Ausserst preiswert!

Ein grosser Posten

Kleiderstoffe

im Gelegenheitskauf

einfarbige, gestreifte
und karierte und
la. Fantasiestoffe
in hochfeinen Qualitäten

per Meter **1⁰⁰**

Ein Posten

Reinwollene Cheviots

90 cm breit, in vielen Farben

im Gelegenheitskauf

per Meter **78⁵**

Ein Posten

Einfarbige Chevrons

im Gelegenheitskauf

110 cm breit, in vielen Farben
für feine Kostüme

per Meter **1⁹⁵**

Ein Posten

Gestreifte Flanelle

für Matinés und Morgenröcke

im Gelegenheitskauf

per Meter **1⁶⁵**

Ein grosser Posten

Reinwollene Cheviots

110 cm breit, fein gerippte
und kräftige Qualitäten

im Gelegenheitskauf

per Meter **1¹⁵**

Zwei Posten

Solide Hauskleiderstoffe

und halbwoollene schwarze Ware

im Gelegenheitskauf

per Meter **68⁵** und **1⁰⁰**

Zwei Posten

Kostümmstoffe u. Satintuche

110 cm breit, ganz hervorragende Qualitäten

im Gelegenheitskauf

per Meter **1⁵⁰** und **2⁸⁵**

Ein kleiner Posten

breitgestreifte Plissé-Stoffe

im Gelegenheitskauf

für Kostümröcke
elegante, wertvolle Ware

per Meter **1⁴⁵**

Enormer Posten

Schwarze Kleiderstoffe

darunter ganz vorzügliche Qualitäten

im Gelegenheitskauf

per Meter **85⁵** **1²⁵** **1⁷⁵**

Enormer Posten

Blusen- und Kleiderstoffe

kariert und gestreift und prima Blusenflanelle

im Gelegenheitskauf

per Meter **95⁵** **1³⁵** **1⁹⁵**

Ein kleiner Posten

Halbwoollene Cheviots

im Gelegenheitskauf

in schwarz, blau,
grün und braun

per Meter **57⁵**

Enorme Posten

Schwarze Schürzenpanamas

garantiert echtfarbig, 100 und 120 cm breit

im Gelegenheitskauf

per Meter **95⁵** und **1²⁵**

Gelegenheitsposten in Sammet und Seide

Ca. 300 Meter

Köper-Velvet

garantiert solide Ware in vielen Farben

im Gelegenheitskauf **1⁸⁵**

per Meter

Ca. 800 Meter **Blusenseide**

herrliche, wertvolle Qualitäten und aparte, vorwiegend dunkle Streifen

im Gelegenheitskauf

per Meter **1⁶⁵**

Serie I

Serie II

1⁹⁵

Serie III

2⁴⁵

Ca. 400 Meter

Reinseidene Messalines

für Kleider und Blusen in diversen Farben

im Gelegenheitskauf

per Meter **1⁸⁵**

Ein Posten
feine Manchester
und Blusen-Samete

im Gelegenheitskauf per Meter

1⁴⁵

S. Alsberg & Co.

Nr. 32

Dr.

21. Sitzung von

Am Mittwoch

Die zweite

„Minister“

Abg. Cassel

der Justizverwal

häufig an den

der Richterstellen

ich auch allen An

zuw. zustimme.

muss im Interesse

raunt werden.

Prozesse anlangt,

leidigungsrede ein

wir auch diese bet

aber doch in ande

Staatsanwalt ein

Schub nehmen m

anlangt, so gebe i

Ausschluss besser

weiter gehen, als

im Geleche erwä

übrigen wird das

ben, wenn in vol

richtig! links.)

Vertretung ihrer

Dell erwähnte, la

richtig! rechts.)

übrigens zumeist i

ich für meine Ver

teressen des Stand

gemeinen Interess

Referen" rezamen

71 Prozent, in B

bestehen, vorunter

Male das Examen

vorhanden sein m

lerntes verlangt.

halb durchfallen, n

stimmten Gebiete d

des Prüfenden be

wissenschaftlichen

ität wirkt. (Hört,

arbeiten, bei welch

Sand bekommt, te

riter gezwungen is

greifen. Das Re

fönnen, wenn das

längert wird und

men werden. Es

Universitätsprofess

die Art der Ausg

beraten. (Bravo!)

Abg. Pelt a Jo

Eulenburg anders

Die Länge der B

anträge und in de

geklagten begründe

in der jetzigen Re

tiger sein. (Bravo)

müssen abgewartet

jedenfalls verfrüht.

Abg. Dr. Mi

urteile gegen Bole

büme fast ganz un

abgab, er habe auf

sicher Verhandlung

Silage gegen den b

Abg. Veiner

eine ganze Reihe

minister getrichen

jetzigen Zeit der n

Beckwerbe vorzut

sind zum Bau eine

Beilage zur Volksmacht.

Nr. 32.

Vielefeld, Montag, 8. Februar 1909.

20. Jahrg.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

21. Sitzung vom Sonnabend, 6. Februar, mittags 1 Uhr.

Am Ministerische: Beisitzer.
Die zweite Beratung des Justizetats wird beim Titel „Minister“ fortgesetzt.

Abg. Cassel (Fr. Sp.): Zur Spornarbeit sehen wir bei der Justizverwaltung keinen Anlaß, im Gegenteil fehlt es noch häufig an den notwendigen Einrichtungen. Eine Vermehrung der Richterstellen wird auf keinen Fall zu vermeiden sein, wenn ich auch allen Anregungen auf Verminderung des Schreibens usw. zustimme. Mit dem Strebsichwerden des Justizsystems muß im Interesse einer ordnungsmäßigen Rechtsprechung ausgebaut werden. Was die in der Distriktsliste erwähnten Prozesse anlangt, so müßten auch wir die bekannte Verteidigungsrede eines Staatsanwalts für einen Augenblick annehmen, so gebe ich zu, daß es Fälle gegeben hat, in welchen der Richter besser beraten wäre. Aber dieser Ausblick darf nicht weiter gehen, als es die Zwecke der Gerechtigkeit und die anderen im Gesetz erwähnten Gesichtspunkte unbedingt erfordern. Im übrigen wird das Vertrauen in die Gerichte nur erhalten bleiben, wenn in vollster Öffentlichkeit verhandelt wird. (Sehr richtig! links.) Die Vorwürfe der Anwälte über mangelhafte Vertretung ihrer Wünsche in den Parlamenten, die Herr Dr. Bell erwähnte, kann ich nicht als berechtigt anerkennen. (Sehr richtig! rechts.) Die speziellen Interessen der Anwälte sind übrigens zum Teil in der Reichsliste vertreten und außerdem vertritt ich für meine Person lieber allgemeine Interessen als die Interessen des Standes, dem ich angehöre, soweit sie nichts mit allgemeinen Interessen zu tun haben. (Bravo! rechts.) Das Referat rezitiert nun jedenfalls geändert werden, da nur 71 Prozent, in Berlin 68 Prozent der Prüflinge das Examen bestanden, worunter noch eine Anzahl solcher ist, die zum zweiten Male das Examen machen. Das beweist, daß hier Mängel vorhanden sein müssen. Vielfach wird zu viel auswendig gelernt verlangt. Es kommt auch vor, daß die Kandidaten deshalb durchfallen, weil sie Fragen des Prüfers auf einem bestimmten Gebiete der Rechtswissenschaft nicht nach den Ansichten des Prüfers beantworten, sondern nach den Ansichten seines wissenschaftlichen Gegners, der vielleicht an derselben Universität wirkt. (Hört, hört!) Dazu kommen dann noch die Klausurarbeiten, bei welchen der Examinant nur den Geheißtext zur Hand bekommt, keinen Kommentar, während doch jeder Praktiker gewohnt ist, in schwierigen Fragen zum Kommentar zu greifen. Das Repetitorium wird nur dann befreit werden können, wenn das Studium in der Referendarzeit etwas verlängert wird und Repetitionskurse in den Lehrplan aufgenommen werden. Es sollte eine Kommission eingesetzt werden aus Universitätsprofessoren, Examinatoren und Praktikern, um über die Art der Ausgestaltung der Vorbildung unserer Juristen zu beraten. (Bravo!)

Abg. Peltz (Fr. Fr.) bestreitet, daß mit dem Fürsten Gumboldt anders verfahren sei als mit anderen Angeklagten. Die Länge der Verhandlung war in der Menge der Beweisanträge und in der mangelhaften Verhandlungsfähigkeit des Angeklagten begründet. Mit solchen Vorwürfen sollte man, zumal in der jetzigen Zeit des Schlagwortes der Klassenjustiz vorsichtiger sein. (Bravo! rechts.) Die Ergebnisse der Jugendgerichte müssen abgewartet werden; die hier an ihnen geübte Kritik war jedenfalls verfrüht.

Abg. Dr. Wisker (Pole) kritisiert einzelne Gerichtsentscheidungen; seine Ausführungen bleiben auf der Tribüne fast ganz unberücksichtigt. Ein Pole, der die Erklärung abgab, er stehe auf dem Boden der Verfassung, wurde in öffentlicher Verhandlung deswegen als Lügner bezeichnet. Seine Klage gegen den betreffenden Richter wurde zurückgewiesen.

Abg. Leinert (Soz.): Es ist hervorzuheben, daß eine ganze Reihe von Neubauten im Justizetat vom Finanzminister gestrichen sei. Das ist besonders bedauerlich in der jetzigen Zeit der wirtschaftlichen Krise. Ich habe weiter eine Beschwerde vorzutragen von Bauarbeitern in Magdeburg. Dort sind zum Bau eines Justizgebäudes, weil im Gerichtsgefängnis

in Magdeburg nicht genug gefangene Bauarbeiter vorhanden waren, Gefangene aus anderen Verwaltungen herangezogen worden. Die Organisation der Bauarbeiter hat dem Justizminister den Sachverhalt mitgeteilt, es ist aber nicht Abhilfe geschaffen worden. (Hört, hört! b. d. Soz.) Der Herr Abgeordnete Rosenow hat darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, durch die Gefängnisarbeit nicht die wirtschaftliche Lage der Handwerker zu schädigen. Ich möchte an den Herrn Justizminister doch den dringenden Wunsch richten, die Gefangenen auch nicht zu benutzen zu Arbeiten, die den freien Arbeitern unbedingt zustehen. Es ist gesagt worden, daß die Jugendgerichte dazu dienen könnten, die Justiz zu verfrachten. Wir haben die Einrichtung solcher Jugendgerichtshöfe deshalb begrüßt, weil sie die einzige Gelegenheit bieten, die in den letzten Jahren öffentlich beschriebenen Schreckensurteile gegen die Kinder endlich einmal aufheben zu lassen. In einer Verfügung des Justizministers sind die Staatsanwälte angewiesen, wie sie bei den Jugendlichen sich verhalten sollen. Es sollen möglichst frühzeitig die Lebensverhältnisse der Jugend ermittelt werden und alle sonstigen Umstände, die zur Beurteilung der zur Straftat erforderlichen Einsicht erheblich sind. Alle sollten die Staatsanwälte sich mit den Eltern und den Organen der Jugendfürsorge in Verbindung setzen. Eine solche Anordnung sollte aber auch für Erwachsene an die Staatsanwälte ergehen. Es unterliegt keinem Zweifel: wer das nötige Geld hat, ist immer in der Lage, Irrenstrafe über seine geistige Unzureichbarkeit zu betragen, während das den Armen unmöglich ist. Wir wollen nur wünschen, daß die Jugendgerichte auch wirklich ihren Zweck erfüllen, denn wir haben Urteile, die über das hinausgehen, was der gesunde Menschenverstand begreifen kann. In einem Falle wurden ein 17jähriger Junge und seine 13jährige Schwester verurteilt, weil sie auf ein Straßenbahngeleise Steine geworfen hatten, und zwar jeder zu einem Jahr Gefängnis. (Hört, hört!) Die erforderliche Einsicht hat das Gericht angenommen, weil die Bedeutung des Straßenbahnverkehrs einem Kinde zum Bewußtsein gekommen sein mußte. Es stellte sich aber nachher heraus, daß das Mädchen schwachsinzig gewesen war. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ein 14jähriges Mädchen wurde in Dortmund wegen Brandstiftung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Es war ein in der Entwicklung sehr zurückgebliebenes Kind. Freilich konnte es den 2. Artikel des sog. Glaubensbekenntnisses am Schnürchen hergehen. (Unruhe rechts.) Weist handelt es sich bei solchen Vergehen um Kinder mit mangelhafter Schulbildung. Solange der heutige Massenstaat besteht, können wir nicht erwarten, daß es eine Gleichheit ohne Unterchied des Standes vor Gericht gibt. Die herrliche Sprache gegen Angehörige der Arbeiterklasse steigert sich zur besonderen Liebesschwärze, wenn irgend ein Jurist als Verbrecher vor die Schranken des Gerichts kommt. Das hat insbesondere der Prozeß Gumboldt bewiesen. Er durfte seine Familienangehörigen im Gerichtsgefängnis haben, trotzdem sie nachher als Zeugen vernommen wurden. Ihm wurden Vergünstigungen gestattet, die nie ein Arbeiter bekommen hätte. Er wurde als „Herr Angeklagter“ angeprochen, während es bekanntlich in einem Schriftstück gegen ein Mitglied dieses Hauses hieß: „dem Diebstahl“. Ein Arbeiter wurde zu 7 Jahren Zuchthaus verurteilt, die Strafe wurde verübt, und erst nachher stellte sich heraus, daß er bei Begehung der Straftat noch nicht 18 Jahre alt war und deshalb gar nicht zu Zuchthaus verurteilt werden konnte. (Hört, hört!) Ein Verurteilter wird nicht mehr als Mensch, sondern als Objekt der Strafanstalten behandelt. Die geringe Einschätzung der Menschen, die die Justiz in die Hände bekommen hat, zeigt sich auch in der Gefangenensystematik. Dort ist immer von „Männern“ und „Weibern“ die Rede. Weib ist durchaus ein gutes deutsches Wort, aber sein Gebrauch in dieser Statistik will doch nur eine Herabsetzung dieser Gefangenen zum Ausdruck bringen. (Lachen rechts.) Sie laden, aber Sie werden in keiner anderen Statistik die Bezeichnung der Frauen als „Weiber“ finden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Weiter erinnere ich an die Verurteilung des Redakteurs der „Königsberger Volkszeitung“, unteres Parteigeheißes Markwald, zu 15 Monaten Gefängnis wegen angeblicher Majestätsbeleidigung. Diese Verurteilung ist bei den Ärgernissen herbeigezogen. Erst auf die Denunziation eines freisinnigen Blattes hin wurde eine Säufung vorgenommen, und auch dann wußte man noch gar nicht, auf Grund welcher Bestimmungen eigentlich ein Strafverfahren einzuleiten war. Erst später hat man eine Majestätsbeleidigung konstruiert. Die Strafe von 15 Monaten hat Markwald eben bekommen, weil er Sozialdemokrat ist. (Lachen rechts.) Es handelt sich hier um ein

offenbares politisches Tendenzurteil. (Sehr wahr! b. d. Soz.) — Die soziale Gesetzgebung ist unseren Richtern und Staatsanwälten vielfach ein Buch mit 7 Siegeln. Vergehen gegen die Gewerbeordnung sind in einem Jahre 22 100 Fälle mit 15 755 Anklagen von den Gewerbeinspektoren festgestellt worden, aber nur 1837 Personen sind bestraft worden. Wegen Verletzung der Arbeiterinnenschutzbestimmungen sind nur 867 von 9000 Fällen zur Bestrafung gelangt. Auch beim Jugendschutz sind die Verhältnisse nicht anders. Bei Vergleichen für die eine Strafe von 5–10 Mk. im Maximum angedroht ist, werden Urteile in Höhe von 5–10 Mk. (Hört, hört! b. d. Soz.) gefällt. Das ist auch den Gewerbeinspektoren sehr unliebsam aufgefallen. Der Gewerbeinspektor aus Hildesheim berichtet, daß ein Ziegleibehälter wegen unzulässiger Beschäftigung eines Jugendlichen mit Transport von Ziegeln mit 5 Mk. bestraft wurde, während derselbe Unternehmer im Jahre vorher wegen zu langer Beschäftigung eines Jugendlichen von demselben Schöffengericht mit 10 Mark bestraft war. Also im Wiederholungsfall wurde hier die Strafe geringer. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wenn ein Arbeiter aus Not gezwungen ist, so erhält er 3–4 Tage Haft, und im Wiederholungsfall Gefängnis, obgleich die Strafandrohung hier nicht eine so hohe ist. Ein Ziegleibehälter hatte einen jugendlichen Arbeiter vor 1/2 Uhr morgens beschäftigt und hatte ihn außerdem ohne Arbeitsbuch angenommen. Er wurde bestraft wegen Vergehens gegen die Gewerbeordnung zu 15 Mk., wegen Uebertretung der Bestimmungen über das Arbeitsbuch zu 40 Mark. Also die formale Gesetzesübertretung wurde schwerer bestraft als das Vergehen gegen die jugendliche Arbeitskraft. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch das Kammergericht hat sich gegen die zu milde Bestrafung von Arbeitgebern, die die Gewerbeordnung verletzen, ausgesprochen. Der erste Senat hat in einem Falle entschieden: von einer dreimonatlichen Verjährungsfrist könne keine Rede sein, da bei Nichtachtung der vorletzten Bestimmung bis 2000 Mk. Geldstrafe angedroht sei. Daß der Angeklagte die Strafe von 5 Mk. zu hoch finde, komme wohl daher, daß so merkwürdige geringe Strafen bei Vergehen der sozialen Gesetzgebung verhängt würden. Wenn ein Angeklagter deshalb einmal mit 300 Mk. bestraft würde, würde er schon merken, daß es sich um ein ganz gehöriges Vergehen handelt und daß der Schutz der Arbeiter mit Energie verlangt werde. Auch dies Urteil des Kammergerichts sollte der Justizminister den Staatsanwälten mitteilen. — Ein Glasmeister wurde mit 9 Mk. Strafe belegt, weil er 35 Mk. Krankentafelbeiträge den Arbeitern vom Lohn abgezogen und für sich behalten hatte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ein Arbeiter, der eine solche Summe veruntreuen würde, käme nicht so gelinde davon. Der Regierungsrat Dittmann berichtet folgenden Fall, der die Unkenntnis der Justiz in sozialen Dingen beleuchtet. Ein Arbeiter hatte sich durch einen Fall eine Wunde zugezogen. Er hatte nur wenige Tage gearbeitet und war deshalb nicht krankheitsfähig. Er geht zu seinem Arbeitgeber und bittet ihn um eine Unterstützung. Dieser zeigt ihm wegen Betrugs an und vor Gericht wird der Arbeiter zu 14 Tagen Haft verurteilt. Das war gewißlich unzulässig, denn er konnte das, was er verlangte, rechtmäßig auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes verlangen. Ein holländischer Beamter machte ihn darauf aufmerksam und mit einer Eingabe bei dem Amtsgericht hatte er Erfolg. Also bei 5 Personen, die als Nichtbeitragspflichtige oder antilich mit der Sache befaßt waren, hatte die Gesetzeskenntnis verlagert. Erst der letzte, der schließlich aus freien Stücken sich des Falles annahm, verhalf dem Manne zu seinem Rechte. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch die Sozialisten kümmern sich oft sehr wenig um die Gesetzesbestimmungen, so wie es sich um Arbeiter handelt. Häufig wird der Arbeitslohn unzulässigerweise für Gerichts- und Anwaltskosten gepfändet. Bei Prozessen auf Grund des Krankensicherungsgesetzes verlangen die Gerichte oft bei der Vernehmung von Zeugen einen Kostenvoranschlag, obgleich das nach dem Gesetz ausgeschlossen ist. Eine Reihe solcher Prozesse ist nicht durchgeführt worden, weil der Voranschlag nicht bezahlt werden konnte. Beim Amtsgericht im Kreise Osnabrück trat ein Dienstherr in einer Klage gegen sein Dienstmädchen selbst als Amtsanwalt auf. (Hört, hört!) So gering die Strafen wegen Verletzung der sozialen Gesetze sind, so hart werden Arbeiter bestraft. — In den Klämpfen mit den Arbeitgebern gegen § 153 der Gewerbeordnung vergeblich. Arbeitgebern wird in solchen Fällen stets Notwehr zugebilligt, Arbeitern nie. Beim Kampf der Arbeiter in Berlin hatte ein Arbeiter den andern Streikbrecher genannt. Er konnte nur bestraft werden auf Grund des § 155, wenn es sich um die Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen handelte. Nun

Oliver Twist.

Von Charles Dickens.

Aus dem Englischen von Julius Seyd.

Sechshunddreißigstes Kapitel.

Übermaß ein kurzes Kapitel, das an seiner Stelle als nicht eben sehr wichtig erscheinen mag, aber doch gelesen werden sollte, weil es das vorgehende erzählt und einen Schlüssel zum nachfolgenden darbietet.

„Sie sind also entschlossen, heute morgen mit mir abzureisen?“ fragte der Doktor, als sich Harry Maylie mit ihm und Oliver zum Frühstück niedersetzte. „Sie ändern ja Ihre Entschlüsse mit jeder halben Stunde.“

„Ich hoffe, daß Sie bald anderer Meinung sein werden,“ entgegnete Maylie, sich ohne ernstlichen Grund verjüngend.

„Ich wünsche sehr, Ursache dazu zu bekommen,“ versetzte Losberne, „obgleich ich betenne, daß ich daran zweifle. Gestern morgen hatten Sie sehr eifrig beschlossen, zu bleiben und als ein guter Sohn Ihre Frau Mutter an die Seelstube zu begleiten; kurz vor Mittag erklärten Sie, daß Sie mir die Ehre erweisen wollten, so weit mit mir zu fahren, wie ich auf der Londoner Straße bliebe; und gegen Abend drangen Sie unfähig abheimzuwinken in mich, daß ich abreisen möchte, bevor die Dämmerung“

„Wagte ich mich,“ fuhr der Doktor fort, „wagte ich mich, daß ich Oliver hier beim Frühstück festhalte, während er botanisieren gehen sollte. Ist nicht zu arg, Oliver?“

„Es würde mich sehr betrüben haben, Sir, nicht zu Hause gewesen zu sein, wenn Sie und Mr. Maylie abgereist wären,“ antwortete Oliver.

„Wist ein guter Junge,“ sagte der Doktor, „sollt zu mir kommen, wenn du zurückgekehrst bist. Doch um ernsthaft zu reden, Harry, hat eine Mitteilung Ihrer hohen Gönner und Freunde Ihren Abscheu bewirkt?“

„Ich habe,“ erwiderte Maylie, „seit ich hier verweile, durch meine Mitteilung von meinen Gönnern und Freunden, zu denen Sie ohne Zweifel meinen Anteil zählen, erhalten, auch ist es nicht wahrscheinlich, daß sich eben jetzt etwas ereignet, wodurch ich zu ihnen zu eilen mich gedrungen fühlen könnte.“

„Sie sind ein schnurriger Kater,“ fuhr der Doktor fort. „Indes werden beglückte Gönner Sie bei der Wahl vor Weihnacht natürlich ins Parlament befördern, und Ihre plötzlichen Beschlüsse und Willensänderungen sind keine schlechte Vorbereitung auf das öffentliche Leben. Ein gutes Trainieren ist allemal wünschenswert, mag das Rennen Staatsstellen, Ehrenbechern oder Rennpreisen gelten.“

Harry Maylie machte eine Miene, als wenn er den Doktor leicht genug aus dem Felde schlagen könnte, begnügte sich indes zu sagen: „Wir werden sehen“ und ließ den Gegenstand fallen. Kurz darauf fuhr die Postkutsche vor, Oliver holte das Gepäck

und Losberne war eifrig beschäftigt, die letzten Reisevorbereitungen zu beaufsichtigen.

„Ein Wort, Oliver,“ sagte Harry Maylie leise. „Oliver trat zu ihm in die Hinterverkleidung, in welcher er stand, sehr verwundert über die stille Traurigkeit und Unruhe, die er zugleich an ihm bemerkte.“

„Da kommt jetzt recht gut schreiben,“ sagte Maylie, die Hand auf den Arm des Knaben legend.

„Niemlich,“ erwiderte Oliver.

„Ich komme vielleicht vorerst nicht wieder nach Hause und wünsche, daß du mir schreibst, etwa einen Montag um den andern. Willst du?“ fuhr Harry fort.

„Mit Freuden, Sir!“ rief Oliver äußerst erfreut über den Auftrag aus.

„Ich wünsche dir zu hören, was — es meiner Mutter und Mir Maylie ergeht; melde mir, wie für Spaziergänge ihr macht, wovon ihr plant und ob Sie sich wohl befinden und recht heiter sind. Du verstehst?“

„Vollkommen, Sir.“

„Auch wünsche ich, daß du ihnen nichts davon sagst; es möchte meine Mutter benutzeln, so daß sie sich bewegen könnte, mir öfter zu schreiben, was immer eine große Belästigung für sie ist. Also muß es ein Geheimnis unter uns bleiben, und schreib mir ja alles; ich verlaße mich auf dich.“

Oliver schloß sich hochgeehrt, versprach, was von ihm verlangt wurde, und Maylie sagte ihm unter vielen Versicherungen seiner Zuneigung Lebewohl.

Der Doktor war bereits eingestiegen, die Dienerschaft wartete am Wagen, Harry warf einen flüchtigen Blick nach Oliver hinter sich und stieg gleichfalls ein.

„Nicht, Postillon!“ rief er. „und fahre, so schnell du kannst; ich werde heute nur zufrieden sein, wenn es wie im Fluge geht.“

„Was fällt Ihnen ein?“ rief der Doktor. „Postillon, ich werde nur zufrieden sein, wenn es ganz und gar nicht im Fluge geht.“

Die Dienerschaft sah dem Wagen nach, solange er sichtbar war, wie aber, die hinter den Vorhängen verschwand, als Harry hinaufstieg, schaute noch immer in die Ferne hinaus, als sich die Dienerschaft schon längst wieder hineingeschoben hatte.

„Er scheint ganz heiter und zufrieden zu sein,“ sagte sie endlich. „Ich fürchte, daß das Gegenteil der Fall sein könnte, und freue mich meines Fühlens.“

Siebenhunddreißigstes Kapitel.

In welchem der Feier, wenn er in das sechshunddreißigste Kapitel zurückblicken will, einen im ehelichen Leben nicht selten hervorretenden Kontrast beobachtet wird.

Mr. Bumble saß in seinem Wohnzimmer im Armenhaus und blickte nachdenklich und düster bald in den Kamin, in welchem kein Feuer brannte, da es Sommer war, und der daher öde und trostlos aussehend und bald noch düsterer zu dem Leinwandbild empor, der von der Decke herabguckte und von den ihr Verderben nicht ahnenden Fliegen umschwärmt wurde. Vielleicht erinnerten ihn die Tierchen an eine traurige Begebenheit seines eigenen Lebens.

Auch fehlte es nicht an sonstigen Anzeichen, daß in seinen Angelegenheiten eine bedeutende Veränderung vorgegangen sein mußte. Wo waren der Treppenrost und der dreieckige Hut? Er trug noch Anzeichen und schwarze wollene Strümpfe — doch es waren nicht die des Kirchspieldieners. Der Hut war ein anderer. Der Hut ein gewöhnlicher, beiseidener, runder. Mr. Bumble war nicht mehr Kirchspieldiener.

Es gibt Veränderungen im Leben, die, abgesehen von den mit ihnen verknüpften materiellen Vorteilen, doch noch einen ganz besonderen Wert und eine eigentümliche Würde durch das mit ihnen verknüpfte Kostüm erhalten. Ein Kirchspieldiener hat seine Uniform, ein Bischof seinen Ornat, ein Richter seine große Perücke, ein Kirchspieldiener seinen dreieckigen Hut. Man nehme dem Richter seine Perücke, dem Bischof seinen Ornat oder dem Kirchspieldiener seinen dreieckigen Hut, und was wird er? Weiter nichts mehr als Mensch — bloße Menschen Würde, und bisweilen sogar Heiligkeit, hängen mehr von Uniformen, Ornaten, Perücken und Hüten ab, als viele Leute sich träumen lassen.

Mr. Bumble hatte Mrs. Corny geheiratet und war Armenhausverwalter. Ein anderer Kirchspieldiener war zur Gewalt gelangt, und der dreieckige Hut, der Treppenrost und der Stab waren auf ihn übergegangen.

„Morgen sind's zwei Monate!“ sagte Mr. Bumble leuchtend. „Es scheint ein Jahrhundert zu sein.“

Mr. Bumble wollte vielleicht sagen, daß er in dem kurzen Zeitraum von acht Wochen ein ganzes glückliches Leben verlebt hätte — allein der Zufall! Es lag gar viel in ihm.

„Ich verlaute mich,“ fuhr Bumble fort, „für sechs Teelöffel, eine Anderzange, einen Milchseher, eine Stube voll alter Möbel und swanzig Pfund Geld — nur gar zu billig, frohwohlt!“

„Ach, Sie!“ tönte ihm eine schrille Stimme ins Ohr. „Du wärest für jeden Preis zu teuer gewesen, und der Himmel weiß, daß ich dich mehr als zu teuer bezahlt habe.“

Bumble drehte sich um und blickte in das Antlitz seiner lebenswürdigen Ehehälfte, welche seine kurze Selbstgespräch nur unvollkommen verstanden und ihre erwünschte Bemerkung auf gut Glück hinwegworfen hatte.

„Nun, sei so gut, mich anzusehen,“ sagte Bumble und dachte bei sich selbst: „Wenn sie sich ein solches Bild anschaut, so hält sie alles aus. Er hat bei den Armen niemals seinen Zweck ver-

sich g
 gegeben
 Jahr
 im
 dem
 und
 daran
 wohl
 fe in
 C
 folgen
 U
 Umge
 komm
 Die
 wärti
 ständi
 gerech
 sich d
 bieres
 Arbeit
 lung
 D
 lich n
 ihr g
 zugh
 D
 nach
 bote
 Durch
 der
 C
 Bagn
 gegen
 der bi
 Arbeit
 würd
 nünft
 sich n
 mit d
 sah s
 anlag
 schäft
 zu fal
 theil
 wirk
 wil r
 vertag
 Z
 Fra
 gun
 schine
 fern
 M
 gung
 keine
 Aus
 8000
 M
 Guß
 n. Co
 zu f
 Nobl
 gefest
 Unter
 Arbeit
 Stund
 lofen
 Halle
 sind,
 beiter
 Arbeit
 W
 Firma
 In
 Di
 in der
 schäft
 haufen
 beamt
 nur
 Hunder
 gege
 ne bei
 dies d
 teilst
 system

den je
Spind
einen
einen
solchen
etwa 1
Kamm
255 000
Verlust
der Ka
und 50
In
arbeit
Verwor
Arbeits
für Ka
In der
Wiglis
Die
treiben
sah ung
hatten
23 210
Ki.
eine al
vielen
Sohn
Deput
dem Ka
verlore
250 000
Banfi
immer
Kredit
Wit de
Banfi
sahnen
diesen
in den
samme
Beteili
und fr
gung a
dem Ka
steht d
Betrie
Kapita
tracht

schweig

beim Hohenstein, Neubadem, und Mathilde Bohmann, Fried-
richstr. 65; Stellmacher Franz Reimann, Friedrichstr. 9, und
Luise Buntmann, daiselbit; Nordmacher Theodor Rimbuss, Annen,
und verw. Arbeiter Blüth, Anna geb. Kiedda, Güterbohnhof 1;
Kaufmann Karl Schilling, Kaiserstr. 129, und Paula Claas, Lipp-
stadt; Kaufmann Johannes Tadey, Kiel, und Eha Boffel, Lutter-
straße 51.
Eheschließungen: Handlungsgehilfe Bernhard Beden-
dorf und Hedwig Rothe, Werkmeister Ludwig Ellermann und
Luise Petrowsky (gen. Schneider), Kutscher Karl Berger und
Johanne Repohl. Metallarbeiter Wilhelm Sandtlicher und
Helene Riso, Bergmann Theodor Schlömer und Wimi Johanne
Steinfräger, Dekorateur Hermann Wienstrath und Elise Holle,
Maurer Robert Stornfeld und Friederike Stieghorst, Buchdrucker
Otto Strate und Annette Cronshage, Maler Karl Oberdiffe
und Paula Boff, Damastweber Wilhelm Sievert und Pauline

Heinze, Bautechniker Heinrich Franke und Marie Baumhöfener,
Lagerist Matthias Umshlag und Charlotte Reintöster, Bautech-
niker Richard Strohach und Ida Brinkmann, Kaufmann Wil-
helm Waltenhorst und Friederike Schnath.
Ami Verlobt. In der Zeit vom 25. bis 30. Januar 1909
sind beim hiesigen Standesamt angezeigt:
Geburten. Sohn: Bahnarbeiter Heinrich Handbrod,
Schweicheln.
Töchter: Arbeiter August Bäumer, Eidum; Oberschweizer
Theodor Fugenschuh, Oberbeine; Landwirt Gustav Nauhen-
busch, Diebrot; Kolon Wilhelm Lange, Kallendiel.
Eheschließung. Arbeiter Friedrich Wilhelm Heitlwinde-
mann, Herford, und Anna Auguste Kiepe, Eidum.
Sterbefall. Hermann Heinrich August Zielmann, ein
Monat alt, Elberdiffen.

Vereins-Kalender.

Die nachstehenden durch Zeitdruck herabgehobenen Vereine
gehören den in Betracht kommenden Zentralorganisationen an:
Arbeiter-Maschinen-Bund „Solidarität“, Arbeiter-Sänger-Bund
Westfalen, Arbeiter-Turner-Bund.
Montag.
Diskussionsklub 8 Uhr im Restaurant „Stadt Bielefeld“.
Männer-Gesangsverein „Einigkeit“ 8½ Uhr bei Viertmann,
Würgerweg.
Berthier. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf“ 9 Uhr bei
Brüning.
Güterlosh. Gesangsverein „Einigkeit“ 8½ Uhr.
Lage. Kraft-Sport-Verein 8½ Uhr bei Karl Voß, Langestr.

Kinematographen-Theater zur alten Post.



Eine Augenweide bieten die Bilder des neuen Programms, aber auch für einen besonderen Ohrenschauspieler ist gesorgt
durch Engagement des
Niederbayrischen Musik-Ensembles
bestehend aus Herrn Kerner und Kindern, die hier nur kurze Zeit konzertieren.

Natur-Aufnahme!

Acusserst spannend!

Ein Tiergefecht in Nimes.

Zeigt alle Phasen des auch in Südfrankreich beliebt gewordenen Tierkampfes. Die aufregenden Kampfszenen, die dort die ganze Bevölkerung lebhaft
interessieren, zeitigen sehr aufregende Szenen, die in deutlichster Weise wiedergegeben und ganz geeignet sind, in ihrer Realist. Teilnahme und auch Claque
zu erregen.

Der Regimentsbarbier.

Ein solches Schnell-Rasieren spottet jeder Konkurrenz!

Linger Longer-lo.

Lebend. Repertoire-Meister des Wintergartens zu Berlin.

Oliver Cromwell.

Die Empörung Cromwells gegen den unglücklichen König Karl I. von England darstellend. Nachdem sich Cromwells Tochter in aufopferndster Treue für
den König verwendet, erfolgt doch dessen Gefangenahme und schließlich seine vom Volk geforderte Hinrichtung.

Ein gefälliger Freund.

In lustigster Weise wird hier der Nutzen der Hypnose bewiesen.

Der elektrische Schuhmann.

Wilde Kapriolen führt hier ein Polkist aus, der sich zur Verfolgung von
Liebeslächeln elektrischer Stiefel zulegt.

Des Schmugglers Liebchen.

Der Verrat eines Schmugglers durch seinen Nebenbuhler und die durch des ersten Braut bewirkte Befreiung.

791

Niederbayrisches Musik-Ensemble H. Kerner und Kinder.

Stadttheater.

Heute, abends 8 Uhr:
— Erhöhte Preise. —
1. außerordentl. Gastspiel des Kgl.
Hoftheaters Ang. Junkermann.
Onkel Bräsig.
Dienstag, den 9. Februar 1909,
abends 7½ Uhr:
Novität!
Zum 5. Male!
O diese Leutnants

Trinkt
Aha's Excelsior!

Rechnungs-Formulare
liefert in sauberer Ausführung
prompt und billig
Buchdruckerei „Volkswacht“.

Für eine Cafes- und
Biskuitfabrik Süddeutsch-
lands wird per sofort ein
**tüchtiger, selbständiger
Werkmeister**
gesucht. Derselbe muß
mit der Anfertigung von
Cafes- und Mixbedeigen,
Zwieback und Lebkuchen
bestens bewandert sein u.
verstehen, in Desserts, Waf-
feln und Waffelfüllung stets
das Neueste zu bringen.
Nur Bewerber mit prima
Zeugnissen wollen sich mel-
den unter H. V. 373 an
Haasenstein & Vogler,
A.-G., Saarbrücken.

Holzarbeiter-Versammlungen

finden statt:
Montag im Lokale von Flassbeck, Breitestraße,
Dienstag in der „Harmonie“, Oberntorwall,
Mittwoch im Lokale von Husemann, Göbenstraße,
Donnerstag „ „ „ Freese, Heeperstraße,
Freitag „ „ „ Kahl, Herforderstraße,
Sonabend „ „ „ Strothotte, Jöllenbeckerstr.
Die Versammlungen beginnen sämtlich abends 6½ Uhr
mit der
Tagesordnung:
**Kämpfe und Erfolge durch 25jährige
organisatorische Tätigkeit im Holzgewerbe.**
Referent: Kollege C. Schreck.
Es ist Pflicht jedes Berufskollegen, für starken Besuch dieser
Versammlungen zu sorgen.

Bekanntmachung.

Militärreklamation.
Die Aufnahme bzw. Erneuerung der Gesuche um Zurückstellung oder
Befreiung vom Militärdienst findet am
10., 11., 12., 13., 16., 17. und 18. Februar d. J.,
vormittags von 9½ bis 12 Uhr,
im Rathaus I (St. Elisabethstraße), Zimmer Nr. 5 statt.
Die Antragsteller haben die Steuerzettel und sonstige Schriftstücke,
z. B. Schulden, Zinsquittungen, Lehrscheine usw., vorzulegen
ferner müssen dieselben im Hande sein, die Geburtsdaten
sämtlicher Familienmitglieder anzugeben und die in Betracht
kommenden Fragen über die Vermögens- und Familien-
verhältnisse genau zu beantworten.
Reklamationen, welche erst nach dem Musterungsgeschäft ein-
gebracht werden, können gemäß § 63 der Deutschen Wehrordnung, auch
wenn sie an sich begründet sind, nur dann Berücksichtigung finden, wenn
die Veranlassung zu denselben erst nach der Musterung entstanden ist.
Herford, den 4. Februar 1909.
Der Magistrat. Busse.

Wer die „Volkswacht“ unterstützt, ist wert, auch
rinnen und Lesern der „Volkswacht“ unterstützt zu werden.

Olso- Gasglühlicht- Brenner

D. R. P. 178 502 und 191 590.

Bester Brenner der Gegenwart!
Garantierte Gasersparnis 33–50 pCt.

Olso-Glühkörper

D. R. P. 120 312 und 138 101.

Unerreicht an Haltbarkeit und Leuchtkraft,
unter ständiger Kontrolle des hiesigen
Gaswerks.

Durch alle besseren Installations-
Geschäfte zu beziehen oder direkt von dem
General-Vertreter

Carl Penner, Bielefeld,

Friedrichstr. 25. — Telefon 1293.

Kleine Anzeigen-Ges.

Jedes Wort kostet nur 2 Pfg., in
der selten Ueberschrift 10 Pfg. * Worte mit mehr als 15 Buchstaben
werden doppelt gerechnet.
Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Handtuchhalter, initiiert und eht, 2,00, 3,00, 4,00 5,00, 6,00 Mk. bei F. Mertens. 233	Unterricht in Etiden erteilt bis Mai abends von 8 bis 10 Uhr. Frau Wasser- mann, Blumenstr. 7. 787*
Wäschstiche 12,00, 15,00, 20,00, 25,00 Mk. bei F. Mertens. 235	Nachtstiche 234 ladiert und eht, 10,00, 12,00, 15,00, 20,00 Mk. bei F. Mertens.
Wäschkommoden 20,00, 25,00, 30,00 Mark bei F. Mertens. 236	Seeische billiger! Grüne Ringe, fetter Cavian ohne Kopf Pfd. 15 Pfg., blutfrisch. C. Reinte. Rothfortenstraße 11. 793*
Betten werden beim Einkauf neuer Zuleits gratis einläßt und ungefüllt. F. Mertens. 1886	Meßina: 785* Apfelsinen und Zitronen Wagen- ladung. Probefrüchte zu Astenpreisen. Bille.
Alenderschränke von 25 Mk. Betteln 15 Mk. Tische 5 Mk. an. Nur Lager, kein Zaden, daher billiger als jede Kon- turrenz. Brunnenstraße 12 a, 2 Min. vom Stadttheater. 18005	2 Zigarrenmacher, tüchtige und zuverlässige, stellt so- fort ein Heinrich Bergmann, Brau- webe. 795*

„Kosmos“-Schriften.

- Dr. W. Ament:**
Die Seele des Kindes.
Willy. Bölsche:
Die Abstammung des Menschen.
Im Steinkohlenwald.
Der Sieg des Lebens.
Der Stammbaum der Tiere.
Dr. Dekker:
Naturgeschichte des Kindes.
Dr. Kurt Floerke:
Die Vögel des deutschen Waldes.
Die Säugetiere des deutschen Waldes.
R. Franco:
Das Liebesleben der Pflanzen.
Das Sinnesleben der Pflanzen.
Streifzüge im Wassertropfen.
Dr. M. Wilh. Meyer:
Die Rätsel der Erdpole.
Weltgeschöpfung.
Sonne und Sterne.
Kometen und Meteore.
Erdbeben und Vulkane.
Ägyptische Finsternis. 2 Bände.
Bestuntergang.
Professor A. Sajó:
Krieg und Frieden im Ameisenstaat.
Dr. E. Reichmann:
Vom Leben und vom Tode.
Die Vererbung als erblassende Macht.
Fortpflanzung und Zeugung.
Dr. Th. Zell:
Streifzüge durch die Tierwelt.
Straußenpolitik. Neue Tierfabeln.
Tierfabeln und andere Irrtümer in der
Tierkunde.
Preis pro Band Mk. 1.— (Porto nach auswärts 10 Pfg.)
Vorstehende sehr empfehlenswerte Schriften
sind zu beziehen durch die
Buchhandlung „Volkswacht“, Bielefeld.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltung Bielefeld.
Donnerstag nacht farb nach kurzem, schweren Leiden unser
traues Mitglied, der Metallarbeiter
Gustav Delker
im Alter von 26 Jahren.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren!
Die Ortsverwaltung.

Abonnement
für Bielefeld und Um-
gegend wie bei sämtlichen Agen-
ten ins Haus gebracht 60 Pfg.
Durch die Post
1,80 Mk. vierteljährlich
Bestellgeld.
Einzelnnummer 10

Erscheinungs-
zeit mit Ausnahme der S-
Feiertage täglich nach

Zeitsprech-Anschluß

Nr. 33.

Die heutige

Sch

Minister

Wenn ein Mensch
angerichtet hätte, wi-
dann würde alleseitig
regeln zum Wohle d-
ten. Man kann ger-
Colander sie gezeigt
anderen Anstalt vor-
vollen Mischstände ge-
„Egen“ Einhalt ge-
zunächst: Wie sa-
nur dort angeordnet
sie nötig ist, auch geg-
Ob diese Frage bere-
Wirklichkeit zeigen.

Ein fünfjähriges
bekannte Zitat aus
barn — die in fast
haben — erfüllen
Material herbei, und
ist erreicht. Das Zi-
Ein sechzehnjährig-
rend der Schulzeit ge-
fleißig und betragt i-
wird es unruhig, bro-
tere aus. Es kommt
Verzeihung, gibt sich
beweisen — bis dann
die bösen Tage wieder
erklärt bestimmt, das
vom Spezialarzt. I-
Geld. Darum schließ-
Ein Lehrling vor-
seines Vaters eine
wohl 60prozentige U-
nichts verdienst, dar-
der Junge nicht mel-
Reist seiner Arbeit
und lassen ihn viel
nicht. Sie müssen je-
fellschaft, läßt sich
kleine Beträge, die
nicht und haben die
Die Behörde erhält v-
Junge muß in Zuri-
Ein zwölfjähriges
Mitschülerinnen pass-
Bieren hervor, um
„Gund“ zu erschrecken
glaube nicht an das
tuge Absichten, obwo-
Jorgeerziehung!

Dagegen verlor-
zwei Gumnassien
Hieglungen zum M-
das Mädchen nieder,
dem kräftigen Wibe-
brecherische Absicht. I-
berichten, hat man
handelte es sich wohl
dera aber genügt ich
ein eingeworfenes
Baloe oder von ein-
heit voll zu machen.
Zweite Frage:
erziehung wir flid
man weiß ja, daß v-
Zucht aus slicheit
her die Bositut
Aserott führt
schen Ministers d. v-
dem verlangt wird, d-
eine neue Welt ver-
Liebe unverlemba-
häuser, in denen die
Ausnahmen. W-
leiten kommen bei d-
berden Händen die
fährungsnaheweis er-
Ansprüche? Sie er-
dorbene Geschöpf, d-
Menschen entgegen-
großen und kleinen
auf seine oft so leid-
gutem Verhalten: I-
Anhänglichkeit zu er-
Strenge ist ihre Piel-
wirren Köpfe, daß
— soweit nicht auch
echte Noheit und Ge-

Die Sechzehnjährig-
eines Tages die Sch-
eine Karte senden zu-
auch das Herz voll
das Mädchen: „Ich
Die Schwester aber
schrieben. Und jetzt
bu nicht ruhig bist,
Die sehr braven
ein, ihre Tochter be-
weist sie an den Lan-
muh. Der wieder i-
muh, daß die „Besser-
werde. Selbst der i-
bild des Väterleichen
lieben. Aber der Ju-